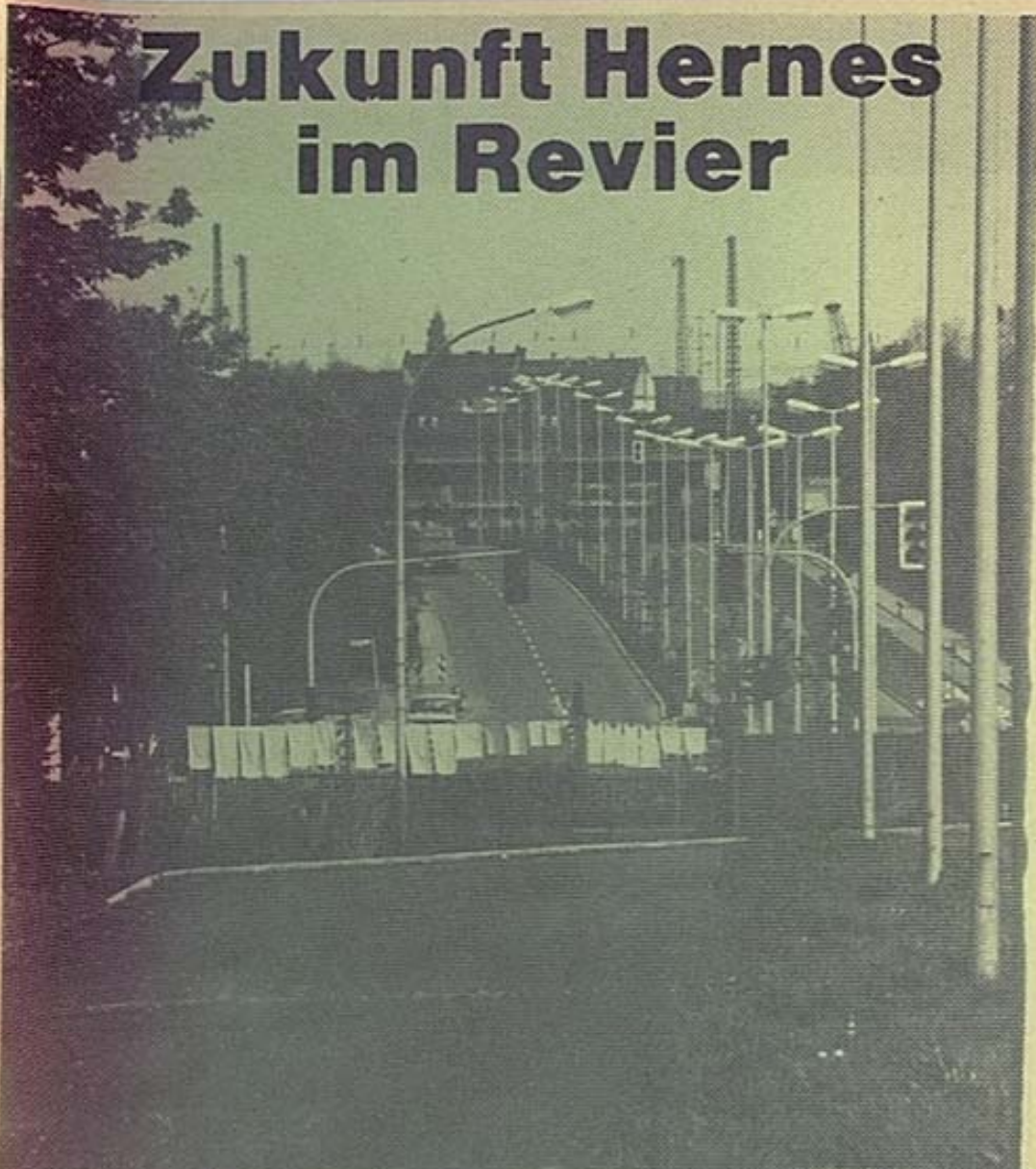


# 3 JAHRE IM HERNER RAT

## DIE GRÜNEN



# Zukunft Hernes im Revier



Wählergemeinschaft  
„Die GRÜNEN Herne“  
Die GRÜNEN KV Herne (Herausgeber)



Kritik und Anregungen zu der vorliegenden Broschüre bitte an folgende Anschrift:

GRÜNES Büro  
Postfach 200419  
Hauptstr. 181  
4690 Herne 2

Die Zuschriften leiten wir auf Wunsch gerne an die Autoren weiter.

---

Fotos:

Titel: Gebhard Kollmeier

Rückseite: Gerhard Schiweck

V.i.S.d.P.: Reinhard Nieberg

Druck: DRUCKDRAUF, Druckerei der Gesellschaft  
freie Sozialarbeit eV, Telefon: 02325/79935

Herne, 1988

## VORWORT

. . . und noch eine Ruhrgebietsbroschüre!

Die Wählergemeinschaft "Die GRÜNEN Herne" und der Kreisverband Herne der GRÜNEN legen hiermit ihre "Ruhrgebietsbroschüre" vor, in deren Mittelpunkt ein Aufsatz von Arnold Voß steht.

Arnold Voß, selbst Mitglied der Wählergemeinschaft, stellt mit dem vorliegenden Aufsatz seine "Konzeptionellen Überlegungen zu einer alternativen Ruhrgebietsstrategie" vor. Wählergemeinschaft und Kreisverband fungieren gerne als Herausgeber dieser kleinen Broschüre - in der Hoffnung, daß die Diskussionen in und um das Ruhrgebiet neue Impulse und Denkanstöße erhalten. Damit wird fast nahtlos an das 84iger Wahlprogramm der Wählergemeinschaft angeschlossen, dessen letzter Teil Ausführung zu einer alternativen Politik für Herne als Teil einer alternativen Ruhrgebietspolitik macht.

Den Herausgebern scheint heute eine perspektivische Diskussion um die "Zukunft Hernes im Revier" dringend geboten. Allzuviel geht im politischen Alltagsgeschäft verloren. Taktieren rangiert oft vor einer ehrlichen inhaltlichen Auseinandersetzung.

Schließlich - und dies bleibt festzuhalten - ist in Herne die konventionelle Politik der Vergangenheit auch in den letzten Jahren weitgehend unverändert fortgesetzt worden. Charakteristisch für diese Politik war und ist die Orientierung an überholten Leitbildern. Nicht der industrielle Großbetrieb, nicht die Einkaufs-City à la Bochum, auch nicht die autogerechte Stadt dürfen die Vorbilder für eine stadtentwicklungspolitische Leitlinie sein. Sie sind es aber, die die Politik von Verwaltung und großen Fraktionen im Rat jahrzehntelang geprägt haben und heute noch prägen.

Diese Politik hat in ökologischer, ästhetischer



Wir hoffen, daß mit der heute vorgelegten Broschüre eine tabulose Diskussion beginnt, die hoffentlich nicht vom beginnenden Kommunalwahlkampf 89 verwischt wird.

Wir hoffen, daß auch heute eine ehrliche Diskussion noch öffentlich geführt werden kann und daß Utopien nicht nur in kleinen Zirkeln und Hinterzimmern gedacht werden dürfen. Der Aufsatz "Herne 2000 - Modellvorstellungen zu einer verkehrsberuhigten Stadt" von Darius

Djahanschah und Ulrich Hermann, den wir im Anschluß an den Aufsatz von Arnold Voß abdrucken, ist in diesem Sinne ein Versuch. Wir hoffen nicht enttäuscht zu werden.

Wolfgang Heinzel  
Reinhard Nieberg

#### 0. Vorwort

Die folgenden Zeilen haben keinen systematisch-wissenschaftlichen Charakter. Sie sollen vielmehr der Anregung und Diskussion dienen und stellen eine, oder besser meine politisch-strategische Position zur aktuellen Krisenentwicklung im Ruhrgebiet dar. Aus dieser Sicht bedürfen sie der Kritik, der Ergänzung und vor allem der weiteren Ausarbeitung. Letzteres werde ich im Zusammenhang mit einem größeren Projekt zur städtebaulichen Neustrukturierung des Ruhrgebietes versuchen.

Ob dies gelingen wird steht in den Sternen. Ich werde es zusammen mit Freunden und Kollegen zumindest auf einen Versuch ankommen lassen.

#### 1. Die Ausgangssituation

Ich gehe in meinen folgenden Überlegungen trotz der aktuellen großen Basismobilisierung in und um Rheinhausen und trotz neuerlicher Milliardenhilfen für die Region von einer weiteren Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage im Ruhrgebiet aus.

Die wesentlichen Gründe hierfür sind.

- Die räumlichen Verteilungen der neuen Wachstumsindustrien sind innerhalb der Bundesrepublik im großräumigen Maßstab im wesentlichen abgeschlossen. Die verbleibenden Potentiale reichen, selbst, wenn sie alle samt in das Ruhrgebiet geholt werden könnten, bei weitem nicht aus, um die bisherigen und noch auf uns zukommenden Arbeitsplatzverluste wettzumachen.
- In den Fabriken und Betrieben, die im Ruhrgebiet verbleiben werden, steht durch die erweiterte Anwendung der neuen Technologien noch eine erhebliche Rationalisierungswelle bevor, die zusätzlich zu den absehbaren Schrumpfungsprozessen im Kohle- und Stahlbereich (und bei den damit verbundenen Zulieferern) weitere große Einbrüche im Arbeitsplatzangebot verursachen werden.
- Erst jetzt beginnt die negative Spirale von Desinvestitionen, zunehmender Arbeitslosigkeit, sinkender Kauf- und Steuerkraft und massive Einsparungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur- und Daseinsvorsorge voll zu greifen, und damit die letzte politische Eigensteuerungsreserve auf dem Arbeitsmarkt zu zerstören.
- Die Anzahl der schwer vermittelbaren Arbeitslosen (Langzeitarbeitslose, sehr niedrig qualifizierte Arbeitslose) ist in dieser Region aufgrund ihrer langen



Krisengeschichte überdurchschnittlich hoch und wird weiter ansteigen. Dabei wird selbst bei einer Erhöhung der Sozialhilfe bei gleichzeitiger Entlastung der Kommunen durch den Bund die teilweise Verelendung der Region voranschreiten.

Sollte der Kampf um Rheinhausen, genauer gesagt, um die Standorthaltung Rheinhausen, erfolglos bleiben, und das ist nicht unwahrscheinlich, wird es eben nicht zu der allseits prognostizierten Revolte kommen, sondern zu einer erneuten und sich weiter ausbreitenden Welle der Apathie. Eine Apathie, die der jahrzehntelangen Demobilisierungspolitik der führenden SPD und der Gewöhnung der Mehrzahl der Ruhrgebietbewohner an härtere Arbeitsbedingungen und schlechte Umweltverhältnisse geschuldet ist.

Diese Mentalität des Ruhrgebietsbewohners und der Ruhrgebietsbewohnerin, oder besser dieser Durchschnitt von alltäglichen Erfahrungen und ihre Festsetzung in Einstellungen, Meinungen und Lebenshaltung, ist selber ein Moment der Krise. Die Gewöhnung an das Schlechte trübt die Wahrnehmungsfähigkeit von Verschlechterungen. Kommt zugleich eine vereinheitlichte, veröffentlichte Meinung hinzu, für die im Ruhrgebiet die Westdeutsche Allgemeine Zeitung steht, ist ein zeitiges Gegensteuern von unten, von seiten der betroffenen Bevölkerung, so gut wie ausgeschlossen. Kommt obendrein eine Vereinheitlichung der politischen Macht hinzu, ist ein rechtzeitiges Umdenken von oben ebenso schwierig. Und da alle, die an einer Krise zumindest durch ihre zu späte Entdeckung mitgewirkt haben, die zwar die psychologisch und machtpolitisch verständliche aber letztlich gefährliche Eigenschaft haben, die Dinge solange als möglich zu beschönigen oder zu kaschieren, kommt zwischen der letztlich unvermeidlichen Entdeckung der Krise und den möglichen Gegenmaßnahmen ein weiterer Time-Lag hinzu.

Die getroffenen Maßnahmen sind dann fast unvermeidlich nicht radikal genug, um Wirkung zu erzeugen. Und sie können auch nicht radikal genug sein, da dies indirekt ein Schuldbeweis gegen die ist, die sie in Gang setzten. Wer Jahrzehnte an der Regierung ist und dann zu harten Maßnahmen greifen muß, hat in den Augen derer, die sie treffen, den Zeitpunkt verschlafen, an dem noch nicht so schwerwiegende Eingriffe nötig gewesen wären, um die Probleme zu lösen. Hinzu kommt, daß eine durchgreifende Maßnahme immer auch eine Umverteilung, sei es an Macht, an Geld oder an Bodenbesitz, bedeutet. Die, die davon im Verhältnis zu ihren bisherigen Bedingungen negativ betroffen sind, werden natürlich, sofern sie über genügend Einfluß verfügen, ihren Teil dazu beitragen, daß die endlich entwickelten Maßnahmen zumindest in diesem Sinne nicht zur Wirkung gelangen.

Nach wirkungslosen Programmen folgen aber nicht notwendigerweise wirkungsvolle, denn dazu wären erst einmal das Einverständnis von Fehlern notwendig, und hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Folgeprogramme werden deswegen selten besser, sondern nur hektischer. Wenn ihnen dann auch noch die finanzielle Potenz fehlt, da ein Teil der insge-

samt knappen öffentlichen Gelder schon vorher in ein wirkungsloses Programm abgeflossen ist, kommt die Krisenlösung selbst in die Krise. Was danach nämlich noch als Programm zur Behebung der Schwierigkeiten möglich ist, schafft sofort neue Schwierigkeiten, denn es kann nur noch durch Kürzungen in anderen Bereichen finanziert werden. Die Geschichte der Ruhrgebietsprogramme sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene zeigt diese fatale Krisenlösungsdynamik deutlich auf.

Der neuerlich als "großer Erfolg" gefeierte Milliardenzuschuß durch die Bundesregierung bedarf jedoch besonderer Erläuterung. Ich muß sogar gestehen, daß ich mit einer solchen Hilfe für die Region nicht mehr gerechnet habe, da ein niedergehendes Ruhrgebiet im nächsten Bundestagswahlkampf ein ideales Negativbeispiel für die Folgen einer "roten Alleinregierung" im Propagandafeldzug der Regierungsparteien sein könnte. Da obendrein das Wählerpotential beider Regierungsparteien im Ruhrgebiet besonders niedrig ist, und die Mehrzahl der Bevölkerung dazu neigt, die Krisenverursacher auf landespolitischer Ebene zu sehen, schien mir eine solche passive Sanierungsstrategie des Ruhrgebiets eher wahrscheinlich.

Andererseits kann sich offensichtlich auch eine nach wie vor fest im Sattel sitzende CDU-FDP-Koalition nicht erlauben, auf die möglichen Stimmenpotentiale einer 5-Mio-Region zu verzichten.

Insofern erhält der Sonderzuschuß durch die Bundesregierung in einer Zeit, in der sie selbst erheblich verschuldet ist, einen regionalpolitischen Erfolg, der wahrscheinlich ohne die unerwartet heftigen Proteste in Duisburg nicht möglich gewesen wäre. Andererseits handelt es sich aber auch um ein Danäer-Geschenk, denn, und das scheint mir wahrscheinlich, es wird der Landesregierung und den Kommunalpolitikern trotz dieser auch dem Mann und der Frau auf der Straße als "reichlich" erscheinende Geldmenge, nicht gelingen, die Schrumpfungsentwicklung des Ruhrgebietes grundsätzlich umzukehren.

Während die Bundesregierung damit ihren "guten Willen" gezeigt hat und bei den nächsten Bundestagswahlen in den Augen der Ruhrgebietsbevölkerung in einem positiven Licht erscheint, steht die regierende SPD in der Region und auf Landesebene doppelt schlecht da. Der Gegenkandidat Norbert Blüm ist jedoch jetzt schon aufgewertet, da er, sogar mit Recht, sagen kann, daß ohne seinen Einsatz eine solch umfangreiche Subvention für das Ruhrgebiet nicht möglich gewesen wäre.

Wäre auf diese Weise zum guten Schluß auch der sozialdemokratische Weg der Krisenlösung als solcher diskreditiert, ließe sich womöglich sogar eine härtere Gangart der Umstrukturierung fahren, und bei gleichzeitig zerbrechender innerregionaler Solidarität zwischen Arbeitslosen und Arbeitsplatzbesitzern gegen eine geschwächte Sozialdemokratie und immer erpreßbarer werdenden Gewerkschaften durchzuset-



zen.

Die mit dem neuen Hilfsprogramm verbundenen Forderungen von Kapitaleignern und Managern im Ruhrgebiet nach niedrigeren Löhnen, Umweltschutzaufgabenbefreiungen und der Unterdrückung unternehmerfeindlicher Proteste der Bevölkerung und der Arbeitnehmer zeigen hier die zukünftige Entwicklungslinie schon an. Aber auch die inhaltlichen Auflagen, wie z.B. die Anpassung an das Kernenergiekonzept der Bundesregierung, den Ausbau des Straßensystems und die vorgezogene Verkabelung des Ruhrgebietes durch die Bundespost zeugen von der politischen Integrationsfunktion dieser Bundessubventionen. Alles in allem scheint mir die eine Milliarde im Verhältnis zu ihren möglichen politischen Auswirkungen von der Bundesregierung äußerst günstig angelegt.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß alle bisherigen Programme nicht auch richtige Schritte in die richtige Richtung enthielten, eingeschlossen des neuen Investitionsprogrammes der Bundesregierung. Natürlich helfen der Region Modellprogramme zur Altlastensanierung, Ausbildungs- und Umschulungshilfen, Investitionen im öffentlichen Nahverkehr u.ä. Diese Anteile machten aber immer den kleineren Anteil der Programme aus. Obendrein hat die interregionale Konkurrenz bei der Aufstellung und Verwirklichung der Programme zu einer Verschärfung der räumlichen Disparitäten innerhalb des Ruhrgebietes geführt.

Die "reicheren" und von der Wirtschaftsstruktur weniger einseitig organisierten Hellwegzonen-Städte haben die Mehrzahl der Maßnahmen räumlich auf sich konzentrieren können und damit ihre schon vorherrschende Dominanz und ihre Investitionsattraktivität gestärkt. Hinzu kommt, daß sie den aktuellen Vorteil des Universitätsstandortes innehaben. Die Emscherzone ist dagegen auf dem Wege, zur ärmsten und zur am meisten überalterten Region der Bundesrepublik zu werden, d.h. sie wird zum idealen Standort für die Arbeitsplätze, die niemand anderer mehr haben will (wie z.B. jede Art von Abfallbeseitigung, sei es in den alten Bergschächten, auf Deponien oder in neuen Verbrennungsanlagen).

Noch halten die alten sozialen Netze, insbesondere dann, wenn in der Verwandtschaft oder Bekanntschaft Personen leben, die in Form hoher Knappschaftsrenten noch von den Früchten früherer Wachstumsblüten und Gewerkschaftskämpfen zehren. Wenn aber diese stillen Reserven und Restvergünstigungen wegfallen, und die kommunalen Finanzen durch die Steuerreform noch weiter reduziert werden, wird die bislang zwar stetige insgesamt jedoch langsame Abstiegsbewegung eine neue Dynamik erhalten. Von eventuellen weiteren Einbrüchen der Absatzentwicklung auf dem Weltmarkt ganz zu schweigen.

Natürlich wird das nicht überall gleichmäßig und in gleicher Weise geschehen, denn es gibt nach wie vor blühende Sektoren, Arbeitsplatzneuansiedlungen und gute Verdienstmöglichkeiten. Auch bei generell sinkendem Einkommen bleibt das Gesamtkaufkraftpotential des Ruhrgebietes allein schon

durch seine hoch verdichtete Konsumentenmenge zumindest ein attraktiver Verkaufs- und Verteilungsstandort. Und solange die Sozialgesetzgebung und das Arbeitsrecht in ihrer bisher erkämpften Form im Grundgesetz erhalten bleiben, wird es keine generelle Verelendung und Verslumung des Ruhrgebietes geben, wie man sie z.B. in anderen europäischen Ländern oder in den USA findet. Wer die Zustände in der sog. "Dritten Welt" kennt, wird sogar die gesamte Krisendiskussion über das Ruhrgebiet für lächerlich halten müssen.

Trotzdem bin ich der Meinung, daß man für die Zukunft der Region mit dem zugegeben arg belasteten Begriff des "Notstandsgebietes" arbeiten muß.

Notstand hat für mich hierbei zwei Bedeutungen. Zum einen im alltagssprachlichen Sinn in Not stehen und sich selbst nicht mehr helfen können. Zum anderen im empirischen Sinn bestimmter ökonomischer und sozialer Indikatoren, die meßbar und im Vergleich anzeigen, daß Personengruppen, Wirtschaftszweige oder eben ganze Regionen für längere Zeit und weit unter dem nationalen Durchschnitt ihr Leben fristen. In der ersten Bedeutung ist der Notstand des Ruhrgebietes nicht mehr Zukunft.

Der Begriff des Notstandsgebietes muß hier aber noch in ökologischer Hinsicht erweitert werden, denn es handelt sich zweifellos um eine der verseuchtesten Landstriche der Bundesrepublik. Niemand weiß, ab wann sich die Vergiftung des Bodens auch des Grundwassers, in einer Weise bemächtigt, daß das Leben der Bewohner unmittelbar gefährdet ist. Diesbezüglich sitzen die Ruhrgebietsmenschen auf einem Pulverfaß, und nur die allgemeine Gewöhnung an solche Situation macht die Ruhe der Menschen verständlich. Wer jedoch um die besonders hohe Anzahl der Bronchen- und Krebskranken des Ruhrgebietes weiß, sieht auch hier nicht nur einen potentiellen sondern einen akuten Notstand.

Der erste Schritt jeder weiteren Ruhrgebietsstrategie wäre es, diese Wahrheit laut zu sagen, meinetwegen mit weniger belasteten Begriffen (die dann aber auch umso weniger aufrütteln), aber doch in der gleichen Deutlichkeit. Zu dieser Wahrheit gehört auch, die bisher gemachten vermeidbaren und unvermeidbaren Fehler zu diskutieren und daraus ein wenn auch grobes Zielprogramm zu stricken, das von der Bevölkerung in seiner Erreichbarkeit kontrollierbar und in seinen Maßnahmen durchschaubar wäre. Ein solches Programm wird, und das ist der zweite Teil der Wahrheit, einen weiteren Schrumpfs- und Verschlechterungsprozeß des Ruhrgebietes erst einmal nicht aufhalten, geschweige denn umdrehen können. Die weitere Talfahrt des Ruhrgebietes ist kurzfristig nicht zu stoppen, und jeder Maßnahmenkatalog, sei er auch noch so durchdacht und noch so gut mit den Betroffenen abgestimmt, wird einzig und allein über die Alternative einer steilen Abfahrt nach Bruchlandung oder "Gleitflug" mit langfristigen Chancen zum erneuten Aufstieg entscheiden.

Die in der letzten Zeit häufig von außen empfohlene Wieder-



geburt aus eigener Kraft, fachmännisch mit endogener Entwicklungsstrategie bezeichnet, ist in diesem Zusammenhang ebenso zynisch wie die Eigenreklame für ein "starkes Stück Deutschland" unglauwürdig ist. Das Ruhrgebiet ist zur Zeit ein geschwächtes Stück Deutschland, und zwar genau durch die, die es stark gemacht haben. Das ist das psychologische Krisendilemma. Aus diesem Dilemma gibt es leider nur den o.g. Ausweg, nämlich die Flucht nach vorn. Nur dann ließe sich eine realistische Zielsetzung formulieren, die noch reichlich vorhandenen sozialen und ökonomischen Kräfte der Region erneut zu mobilisieren.

Eine realistische Zielsetzung zur stufenweisen Umstrukturierung des Ruhrgebietes und eine entsprechende Ehrlichkeit vor sich selbst würde zugleich die Solidaritätsbereitschaft anderer Regionen, denen es zur Zeit besser geht, erhöhen. Auf Dauer können nämlich auch die nicht mit einem schwachen Ruhrgebiet leben, denn diese Region ist immer noch einer der größten Absatzmärkte der Bundesrepublik und der europäischen Gemeinschaft. Zugleich könnte ein auf Dauer wieder gesundes Ruhrgebiet mit einem verbesserten Wohnumfeld in weiterer Zukunft auch als dadurch attraktiverer Arbeitsstandort die Regionen entlasten, die in naher Zukunft ihre bisherigen Vorteile durch ein zuviel an Arbeitsplätzen und entsprechenden Verdichtungserscheinungen verlieren werden.

Einer Region, die sich ernsthaft ihren eigenen Umbau vornimmt, kann obendrein eine andere Art von geistigen und technischen Eliten anziehen oder behalten. Jüngere, engagiertere Personen nämlich, die Spaß an Veränderungsaufgaben haben und dabei weniger an exklusive Umgebungen oder Spitzengehälter orientiert sind. Für diese Personengruppen könnte das Ruhrgebiet eines der interessantesten Regionen der Bundesrepublik und der europäischen Gemeinschaft werden, wenn man ihnen dort die entsprechenden Aktionsmöglichkeiten böte. Sie hätten wahrscheinlich auch mehr über für den eigenartigen Charme dieser Region, als der übliche Aufsteigertypus, wobei jedoch eine entscheidende Voraussetzung weiterhin gegeben sein muß. Der Fortgang und weitere Aufstieg des Ruhrgebietes als Kulturregion. Gerade der aber wird zur Zeit durch anstehende Sparmaßnahmen erheblich gefährdet.

Das Arbeitslosenpotential der technischen und geistigen Intelligenz wird in der Bundesrepublik und in Europa in den nächsten Jahren erheblich zunehmen und zugleich immer weniger Chancen auf gesicherte Gehälter geschweige denn auf Spitzenverdienste bekommen. Diese Menschen sind als Personen quasi in der gleichen Lage wie die Region Ruhrgebiet, d.h., sie verfügen über enorme Potentiale, jedoch nicht über genügend Marktchancen. Für sie muß das Ruhrgebiet zum Eldorado werden, zur Zukunftswerkstatt, in der der Spaß an der Sache und die Möglichkeit zu experimentieren gepaart mit sozialer und ökologischer Verantwortung zumindest teilweise die geringere Bezahlung ersetzt.

Ein solches Klima kann es im Ruhrgebiet nur durch das Aufbrechen der herrschenden politischen Mehrheiten geben. Die

innerhalb der SPD gewachsene Opposition, die noch zur Modernisierung fähigen älteren SPD-Führer und die bei den Grünen sozial und ökologisch engagierten Mittelschichten müssen hierzu ein wenn auch konfliktgeladenes Bündnis eingehen. Was in Hessen mehr von innen als von außen gescheitert ist, muß im Ruhrgebiet und damit im gesamten Nordrhein-Westfalen, erneut ausprobiert werden.

Leider sind die Startbedingungen hierfür denkbar schlecht. Da das Ruhrgebiet ohne Außenhilfe keine erfolgreiche Umstrukturierungsstrategie fahren kann, ist es von der Bundesregierung abhängig. Eine CDU-FDP-Koalition würde eine solche landespolitische Konstellation mit allen Mitteln auszuhungern versuchen.

Zur Zeit sind aber auch noch die inneren politischen Bedingungen des Ruhrgebietes für eine solche Strategie nicht sehr fruchtbar. Der konservativ-rote Ruhrgebietsfilz sitzt immer noch fest im Sattel, die innere SPD-Opposition ist nach wie vor zur Konfliktscheu oder gar nicht (mehr) vorhanden, und vermittelnde sozialdemokratische Führer oder Führerinnen sind kaum in Sicht. Obendrein dürfte die neuerliche Ruhrgebietshilfe die bestehende politische Landschaft noch einmal stabilisieren. Zum einen, weil es inhaltlich die Wachstums- und Betonfraktion innerhalb der SPD stärkt, und zum zweiten, weil mehr Geld bei gleichen politischen Verhältnissen im Normalfall den Zwang zum Umdenken erlahmen statt erblühen läßt. Auch bei der Ruhrgebietsbevölkerung wird eine offensiv propagierte Rot-Grün-Koalition mit einem entsprechenden Ruhrgebietsprogramm eher auf Skepsis stoßen.

Das Vertrauen in die Sozialdemokratie ist zwar auch in den Arbeiterschichten aufgebrochen, aber zugleich nimmt auch die Apathie gerade dieser Wählergruppe zu. So zynisch es in Anbetracht der schon bestehenden sozialen und ökologischen Verschlechterungstendenzen im Ruhrgebiet klingen mag, so realistisch erscheint mir die Annahme, daß erst eine weitere Verschärfung der Situation die verhärteten politischen Fronten und Machtstrukturen aufzubrechen in der Lage ist.

Auch deswegen erscheint mir der Begriff Notstandsgebiet angemessen. Als Leitbegriff zur Beschreibung dessen, was zumindest für Teile des Ruhrgebietes am Horizont steht, würde er zur Selbstkritik und womöglich auch zur Selbstkorrektur zwingen. Eine solche Selbstkritik würde der SPD nicht einmal sonderlich schaden, wenn sie mit einem ernstzunehmenden Handlungsprogramm verknüpft würde. Zu befürchten ist jedoch, daß nicht nur die Selbstherrlichkeit von Teilen der SPD-Führung, sondern auch die 5-Prozent-Angst der Grünen die Nutzung einer solchen offensiven Leitvokabel verhindern werden. Wer möchte schon gerne als Nestbeschmutzer gebrandmarkt werden, der durch seine Miesmacherei die vermeintlichen Erholungschancen der Region behindert.



## 2. Strategische Leitlinien zum Umbau des Ruhrgebietes

Im Prinzip überlagern sich in der folgenden Strategieskizze drei Handlungsrichtungen. Zum ersten wird der bevölkerungsmäßige und ökonomische Schrumpfungsprozeß des Ruhrgebietes nicht nur für unvermeidbar, sondern auch im Sinne einer ökologischen Zukunft für sinnvoll erachtet. Die sich zuspitzende Krise der Ruhrgebietsentwicklung wird als Umkehrchance betrachtet, die politische und räumliche Handlungsspielräume bietet.

Zum zweiten soll es sich jedoch um einen gesteuerten Schrumpfungsprozeß handeln, der zum einen sozial abgefedert und zum anderen durch den Erhalt bestehender und durch die Ansiedlung oder den Aufbau neuer Arbeitsplätze abgebremsert werden soll.

Zum dritten soll sich der Strukturwandel der Region aus dem langfristigen Umbau der Verkehrs-, Siedlungs- und Verwaltungsstruktur konzentrieren und weniger auf die kurzfristige und unbedingte Ansiedlung von neuen Unternehmen.

Unter den bestehenden politischen Verhältnissen können diese drei Handlungsrichtungen zwar parallel aber nicht widerspruchsfrei zueinander verlaufen. Eine Strategie des Arbeitsplatzverlustes muß im regionalen Umbau keineswegs förderlich sein, sie kann ihm sogar entgegen arbeiten (z.B. eine Reduzierung des Individualverkehrs, die eine Senkung der Automobilproduktion zur Folge hätte, und damit eine weitere Bedrohung für die Stahlarbeiterschaft im Ruhrgebiet darstellen würde). Sie muß dies jedoch keineswegs, wenn eine staatliche Veränderung des Absatzmarktes als Ergänzungsstrategie gewählt wird. (Eine Modernisierung und Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs bietet auch der Stahlproduktion zumindest für eine Übergangszeit Arbeitsplatzsicherung, die mit einem Umbau der Region vereinbar wäre.)

Hinzu kommt, daß die regionale Krise im Ruhrgebiet - und aus Finanzierungsgesichtspunkten zum Glück - weder flächendeckend noch einheitlich verläuft. Gerade die Gleichzeitigkeit von Auf- und Abschwüngen, von Schrumpfungs- und Wachstumsprozessen, wenn auch in verschiedenen Produktionssektoren, machen einen Umbau erst möglich. Nur wenn die Wirtschaftskraft einer Region nicht völlig erlahmt ist und Apathie und Verarmung nicht den größeren Teil der Bevölkerung getroffen haben, gibt es noch eine Krisenlösung, die zumindest zum Teil aus eigener Kraft schöpfen und damit auch regionsintern beeinflusst werden kann.

Aus dem gleichen Grund werden aber auch verschiedene politische Kräfte verschiedene Handlungsrichtungen betonen oder sogar ausschließlich betreiben. Damit ist eine konfliktreiche Gemengelage unvermeidlich und realistisch. Die sich daraus ergebende Parallelität von einem nach wie vor am Wachstum orientierten formellen Arbeitsmarkt, sprich einem rein kapitalistischen Sektor, einem staatlich geschützten Sektor, einem genossenschaftlich/selbst verwalteten Bereich, einem größer werdenden ABM-Markt und einer schon

vorhandenen und weiter ansteigenden Elendsökonomie derer, die aus all diesen Bereichen herausgefallen sind, ist deswegen auch Teil meines Konzeptes.

Es geht darum, diese konfliktreiche Parallelität in die richtige Richtung zu beeinflussen, sofern das unter den gegebenen Bedingungen überhaupt möglich ist. Dabei werden in den hier dargelegten konzeptionellen Überlegungen die folgenden drei Forderungen nicht mehr besonders ausgeführt, da sie als bekannt und relativ unumstritten gelten.

Zum ersten ist das die Forderung nach erheblicher Wochenarbeitszeitverkürzung, zum zweiten die Forderung nach einer ökonomischen Grundsicherung für alle Bürger, unabhängig von ihrem Arbeits- bzw. Familienstatus, zum dritten geht es um die Notwendigkeit überregionaler finanzieller Außenunterstützung des Strukturwandels im Ruhrgebiet.

Alle drei Forderungen lassen sich jedoch nur auf der bundespolitischen Ebene durchsetzen. Insbesondere bei den ersten beiden Forderungen gibt es jedoch auch bundesweite Bündnispartner, die in diesem Bereich an einer Vorreiterfunktion des Ruhrgebietes interessiert sein könnten. Bei der dritten Forderung liegt die Sache weitaus komplizierter, denn jede regionale Sondersubvention wird andere auf den Plan rufen, die ähnliche Nöte zu bewältigen haben. (hierzu weiter im Kapitel Finanzierungsstrategien)

Das realistische an einer Schrumpfungsstrategie für das Ruhrgebiet ist, daß sie aus der Not eine Tugend macht. Bei der SPD dringt diese Erkenntnis langsam durch, bei den Grünen ist sie sozusagen en vogue. Das Problem ist nur, daß diese Strategie neue Nöte schafft. Das ist wiederum bei der SPD en vogue. Man kann nicht einerseits die Unmenschlichkeit der Arbeitslosigkeit beklagen und andererseits generell Schrumpfungsprozesse einfordern. Zum ersten muß man sagen, was schrumpfen soll und was nicht, vorausgesetzt man hätte überhaupt die Macht, das zu bestimmen, und zum zweiten muß man zumindest Übergangsweise für Ersatzarbeitsplätze sorgen. Im Ruhrgebiet muß dies jedoch in einer Größenordnung geschehen, die weder durch Arbeitszeitverkürzung noch durch den zweiten Arbeitsmarkt alleine erreicht werden kann. (Selbst die bislang nicht finanzierbare ökologische Renovierung der Region, die ohne weiteres massenhaft Arbeitsplätze bieten könnte, bleibt arbeitsmarktpolitisch nur dann von dauerhafter Wirkung, wenn die damit entwickelten Technologien exportiert, sprich über die Region hinaus, verkauft werden können.)

Wer selbst bei geringerer Arbeitszeit die Mehrzahl der erwerbstätigen Bevölkerung im Ruhrgebiet zumindest Übergangsweise beschäftigen will, kann diese Region nicht grundsätzlich aus ihrer Exportorientierung herausreißen. Das muß keineswegs heißen, daß die Exportorientierung weiterhin so groß bleibt wie bisher und auf dieselben Produkte gerichtet ist. Langfristig kann diese sogar erheblich reduziert werden, sofern begleitende Maßnahmen getroffen werden. Für die



Immerhin 30 bis 40 Jahre jedoch riskiert man ohne eine gehörige Portion exportorientierter Produktionen eine dauerhafte Zunahme der schon hohen Arbeitslosenraten. Für die älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mag dies noch bei entsprechender sozialer und ökonomischer Absicherung erträglich sein, für die jugendlichen Arbeitslosen führt eine solche Überlegung in die soziale und psychische Verelendung.

Industrielle Produktion muß somit auch notwendiger Bestandteil einer Gesundheitsstrategie sein. Das heißt, daß die zur Zeit massiv abnehmenden industriellen Arbeitsplätze zumindest zum Teil durch eine neue und zukunftssträchtige industrielle Produktion ersetzt werden müssen, die zugleich auch neue Exportchancen beinhaltet. Dieser qualitative Wachstum innerhalb des Schrumpfungsprozesses kann sowohl durch Konversion aus der bestehenden Produktion entwickelt werden, als auch durch die Entwicklung völlig neuer technologischer Herstellungsprozesse. Auf jeden Fall aber bedeutet eine solche Verlängerung der industriellen Geschichte des Ruhrgebietes einen neuen Wettlauf, wenn schon nicht in der Produktion neuer Technologien, dann zumindest in ihrer Anwendung. Die damit einhergehende Beibehaltung, wenn auch eines qualifizierten Exportes unter ökologischen Nutzungskriterien, macht auch die Installation der entsprechenden neuen Informationsinfrastrukturen notwendig. Eine technisch hochwertige produktionsorientierte Verkabelung des Ruhrgebietes ist unter diesem Aspekt dringend notwendig und bietet zugleich auch andere Dezentralisierungschancen.

Konversion und Innovation wären vor allen Dingen Strategien für den Bereich des Maschinenbaus, der Stahlindustrie und des Anlagenbaus. Das gleiche könnte für die regionale Chemieindustrie gelten; die jedoch aufgrund ihrer ökologischen Folgen einer erheblichen Reduzierung und einer viel weitergehenden Umgestaltung unterliegen würde. Die Zukunft der Kohle kann nur im Rahmen eines nationalen und europäischen Antiatomprogramms konzipiert werden. Hierin könnte eine geordnete Schrumpfungsstrategie angelegt sein, die im Endstadium auf die Versorgung eines regionalen Fernwärmesystems und der verbleibenden Stahlproduktion basieren könnte. s. hierzu z.B. die Strategie von W.Gryczan in Gryczan-Reutter u.a. "Zukünfte altindustrieller Regionen" (Dortmund 1984).

Für eine geordneten Schrumpfungsprozeß muß es zugleich eine Strategie des Oberwasserhaltens geben, die die sozialen Härten jeder Umstrukturierungsstrategie soweit als möglich mildern kann. Auch dies kann nur sinnvoll über den Erhalt von Arbeitsplätzen geschafft werden, wobei auch hier aufgrund des Mengenproblems im Ruhrgebiet der zweite Arbeitsmarkt nur eine untergeordnete Rolle spielen kann. Die Strategie des Oberwasserhaltens muß nicht notwendigerweise Subventionierung bedeuten. Besser wäre eine konsequentere und schnellere Übernahme kränkelder Betriebe, d.h. Unternehmen, die bei einer privatkapitalistischen Gewinnrate nicht inträglich sind, jedoch von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch mit geringeren oder gar keinem Gewinn

weiter wirtschaften können, durch die Belegschaften.

Hier muß vor allen Dingen der Strategie der großen Konzerne entgegen gearbeitet werden, die Teile ihrer Betriebe dann aufgeben, wenn sie sie soweit ausgebeutet haben, sie auch durch eine verminderte Gewinnorientierung nicht mehr zu halten sind. Das erfordert jedoch eine erhebliche genauere Kontrolle der Betriebs- und Investitionspolitik der Unternehmen durch die Gewerkschaften. Hier wäre nicht nur eine Ausweitung der Mitbestimmung, sondern auch wesentliche Stärkung der fachlichen Beratung der Gewerkschaften vonnöten.

Statt einer an den großen Konzernen orientierten Subventionenpolitik, die in hohem Maße Mitnahmeeffekte erzeugen sollte hier eine massive Obernahmeförderung durch Bürgerschaften und billige Kredite vorgenommen werden. Eine solche Vergesellschaftungsstrategie, die natürlich nur im Einzelfalle entschieden werden kann und keine generelle Lösung bedeutet, muß nicht notwendigerweise die Kapitalflucht aus der Region noch im privatkapitalistischen Sinne produktiveren und reicheren beschleunigen, wenn zugleich im kapitalistischen Sinne noch gewinnträchtige Unternehmen im Rahmen einer behutsamen Wirtschaftsförderung gestützt werden.

Die Regionalpolitiker müssen klar machen, daß in einer solchen schwierigen Situation im Interesse ihrer Region ihrer Bewohner keine Ressourcen aus privaten Renditekriterien ungenutzt bleiben können. Das Beispiel der Firma Manninghof in Hattingen hat gezeigt, welche Mobilisierungschancen in einer solchen Vergesellschaftungsstrategie stecken. Sie muß auf die ganze Region übertragen werden, jede Art von ungenutzten Boden und Baulichkeiten und schnellen Ausrüstungen wieder in die öffentlichen Hände oder direkt in die Verfügung tatkräftiger Bewohner zurückzubringen. Einer entsprechend vergesellschafteten Unternehmensideologie könnte sich die mit Sicherheit dagegen protestierenden Unternehmerverbände zumindest argumentarisch kaum entziehen. Hinzu kommt, daß sie den verbleibenden privaten Unternehmen auf Dauer nützt, da auch ihnen an der Gesundung der regionalen Finanzen und Einkünfte gelegen sein muß. Innovation, Konversion und Oberwasserhalten im Rahmen der bestehenden industriellen Struktur bilden so sagen den Bremsfallschirm für die sanfte Landung, jedoch nicht die Basis für einen Aufstieg. Hierzu bedarf es einer Strategie des ökologischen Umbaus der Region.

Wer für diese Region eine Zukunft will, darf den Schrumpfungsprozeß nicht beliebig forsetzen. Zum einen, weil die Abnahme der Bevölkerung in dieser Region weder gesteuert werden kann noch gesteuert werden sollte, zum anderen, weil man aus einem hochagglomerierten Ballungsraum keine Dörfenlandschaft machen kann. Da der Schrumpfungsprozeß aber "von selbst" vor sich gehen wird, gilt es, obwohl man es nicht verhindern kann, die Abnahme der Bevölkerung und der damit verbundenen Emissionen aus ökologischen Gesichtspunkten erst einmal für gut halten kann, ein stabiles Gegengewicht einzubauen. Solch ein Gegengewicht



wäre eine Zukunftsvorstellung vom Ruhrgebiet, das nach wie vor mehreren Millionen Menschen einen Lebens- und Arbeitsraum bieten könnte, der die emanzipatorischen Potentiale dieser Menschen fördert und ihnen ein mit anderen ähnlich großen Ballungsräumen vergleichbares materielles, soziales und kulturelles Angebot ermöglicht, ohne die historisch gewachsene Eigenart dieser Region zu vergewaltigen. (Wer jedoch überhaupt keinen Ballungsraum als Zukunftsvorstellung akzeptiert, muß zugleich erklären, wo denn die Mehrzahl der jetzigen und zukünftigen Einwohner des Ruhrgebietes alternativ verbleiben sollen.)

Die wesentlichen Voraussetzungen für eine solche Zukunft sind gewaltige, kollektive und individuelle Anstrengungen zur ökologischen Wiedergutmachung. Diese Wiedergutmachung kann selbst bei größten ökonomischen Anstrengungen nicht gänzlich gelingen. Sie ist auch dort nicht unbedingt notwendig, wo sie einer von Menschen wenig oder relativ ungefährlich genutzten Verwaltung anheimfällt. Sofern die Altlasten auch dort regelmäßig kontrolliert werden können, könnte von dieser Durchwaldung ein erheblicher positiver Wohnumfeldeffekt ausgehen. Gerade im Emscherzonenbereich, der ökologisch wahrscheinlich am meisten zerstörten Unterregion des Ruhrgebietes, käme eine solche Durchwaldung der industriedörflichen Stadtstruktur entgegen. Verbunden mit der Renaturierung der Emscher, der besseren freizeittlichen Erschließung der Kanalzonen und der Haldengebiete und gleichzeitig der Verhinderung der Eigenheimzersiedlung würde sie die dörflichen und kleinstädtischen Strukturen dieses besonderen Teils des Ruhrgebietes herausarbeiten und wohnlicher machen. Damit wäre die Emscherzone aber bis auf wenige Ausnahmen von weiteren Ansiedlungen freizuhalten, insbesondere dann, wenn sie eine Umweltgefährdung bedeuten.

Gerade der ökologische Umbau der Emscherzone hat natürlich zur Folge, daß das gesamte Abfall- und Abwassersystem des Ruhrgebietes und der weiteren Umgebung umgestellt werden muß. Gerade in diesem Zusammenhang könnten in der Emscherzone experimentelle Produktionsinseln eingepaßt werden, die in direkter Informationsverbindung mit den Forschungs- und Universitätszentren in der Hellwegzone (Verkabelung) an fortschrittlichen Recyclingkonzepten arbeiten und sie prototypisch entwickeln. In eine weiteren längerfristigen Schritt könnte die Emscher- und Lippezone wieder verstärkt die landschaftliche Nahversorgung der Hellwegzone übernehmen und so ihren jetzt schon ländlichen Charakter verstärken und zugleich durch eine arbeitsintensivere ökologische Landwirtschaft zusätzliche und zukunftssträchtige Arbeitsplätze schaffen.

Kurzfristig heißt es jedoch, das Schlimmste zu verhindern, nämlich den mit dem Köderbegriff Umweltschutztechnologie geplanten weiteren Ausbau dieser Teilregion zum nationalen und internationalen Müllschlucker. Bei Beibehaltung der bisherigen Müll-, Gift- und Verseuchungsproduktion bedeuten solche neuen Umweltechniken nämlich nichts anderes, als die Produktion neuer schädlicher Abfälle, die obendrein fast unkontrollierbar im "Recyclingprozeß" wieder emittiert

werden.

Hier muß jedoch im Einzelfall differenziert entschieden werden, was für einen längerfristigen ökologischen Umbau- und Entdichtungsprozeß in dieser Teilregion verträglich oder sogar förderlich ist. Die Städte der Hellwegzone, insbesondere Dortmund, Bochum, Essen und Duisburg sollten dagegen ihre hohe Verdichtung behalten, ja vielleicht sogar an einigen, vom ÖNV gut erreichbaren, Punkten ausbauen, um ihren großstädtischen Charakter hervorzuheben und räumlich zu konzentrieren.

Konzentration heißt hier nicht nur Verdichtung der Wohnungen durch intensivere Flächennutzung und höhere Bebauung, sondern auch Verdichtung der nicht industriell orientierten Arbeitsplätze. Eine entsprechende Konzentration von kulturellen und konsumtiven Angeboten würde zugleich den urbanen Charakter der Hellwegzone stärken und damit ein Gegengewicht zur weiteren Zersiedlung des Ruhrtales bilden. Neu ÖNV-bezogene Innenstadtkonzepte einschließlich attraktiver verdichteter Wohn- und Arbeitsformen (Bürohochhäuser eingeschlossen) könnten die ökologische Situation des Ruhrgebietes drastisch verbessern. Die für den Schienenverkehr optimale Bandstruktur des Ruhrgebietes erlaubt bei entsprechendem Umbau der Hellwegzone nämlich eine erhebliche Reduktion des Automobilverkehrs und eine Umkehr bei der Zersiedelung des Ruhrtals, der eigentlichen landschaftlichen Attraktion des Ruhrgebietes. Zugleich wäre eine erhebliche Reduzierung des Automobilverkehrs eine im Gegensatz zur Altlastenbeseitigung relativ kostengünstigere ökologische Wiedergutmachung im Bereich der Luftverschmutzung.

Obendrein würde durch die Reduzierung des Individualverkehrs selbst in den Citybereichen der Hellwegzonenstädte auch bei teilweise weiterer Verdichtung genügend ökologisch- und sozialorientierte Ausgleichsfläche bereitgestellt. Eine entsprechende Verkehrsberuhigung in den Innenstadtbereichen der Emscherzone, bei gleichzeitiger schneller ÖNV-Anbindung an das Hellwegzonenband würde hier sogar besonders attraktive Wohnlagen schaffen, die auch in diesem Regionsteil eine Rückverdichtung, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in der Hellwegzone, unterstützen könnten. (Siehe hierzu den folgenden studentischen Projektbericht von Darius Djahanschah und Ulrich Herrmann zu einem flächendeckenden Verkehrsberuhigungskonzept für die Stadt Herne aus der Zeitschrift "Verkehrszeichen".)

Wenn das Ruhrgebiet sich selbst zu einer Art Modellfall einer ökologischen Region machen will, dann kann es zwar nicht zurück zum Dorf, aber es kann zurück zur Durchdringung von Stadt und Land, ohne zugleich seinen großstädtischen Charakter zu verlieren, und es kann auf dieser Basis seine landwirtschaftliche Selbstversorgung erheblich erhöhen. Das gleiche gilt für die Energieversorgung und für die Mehrzahl der Stahl- und Chemieproduktion, sofern diese Produktionsprozesse selbst einer ökologischen Korrektur unterzogen werden. Es kann aber, um das komplette Angebot einer vergleichbaren Ballungsregion zu garantieren, auf keinen



Fall auf den europäischen Markt verzichten. Insofern und nur insofern muß sich das Ruhrgebiet als eine europäische Metropole verstehen und im europäischen Gesamtzusammenhang eine Rolle suchen.

Auch hier wäre eine ökologische Vorreiterrolle attraktiv, da sie zugleich Absatzmärkte erschließt als auch eine neue Identität anbietet. Was die mögliche Produktpalette betrifft, ist es nicht nur auf einen weltweiten Forschungszusammenhang angewiesen. Welche Produktion wo und mit welchen Qualifikationen den optimalen Standort innerhalb der Region hat, welche nationalen und internationalen Kooperationen dazu notwendig sind, ist nicht vorherzusagen. Was jedoch als sicher angenommen werden kann, ist eine nicht so einseitige Produktionspalette und die Vorteile einer kleinteiligeren Betriebsstruktur mit verschiedenen informationellen und materiellen Vernetzungsmöglichkeiten. Dies verlangt auch bei einer ökologischen Zukunft des Ruhrgebietes eine hochflexible Raumstruktur mit hoher Verkehrsmobilität (die eben auch bei einer erheblich reduzierten Automobilnutzung möglich ist). Sie verlangt gleichzeitig eine flexible Verwaltungsstruktur, die sowohl dezentrale Bedürfnisse als auch regionale Gesamtinteressen schnell zu vermitteln in der Lage ist.

### 3. Raumstrukturelle und politisch-organisatorische Rahmenbedingungen einer Umstrukturierung des Ruhrgebietes

Das Ruhrgebiet bedarf zur Lösung seiner Probleme dringend einer sozial-räumlichen und politisch-organisatorischen Integration. Die Zwischengemeindliche Konkurrenz der Ruhrgebietsstädte ist ein altes Thema innerhalb der regionalpolitischen Überlegungen zur Gesundung des Ruhrgebietes. Auch hier wird erst eine verschärfte Situation innerhalb der Krisenentwicklung die politische Bereitschaft zur stärkeren Zusammenarbeit fördern. Wie aber eine solche stärkere regionale Gesamtverantwortlichkeit organisiert werden kann, ohne zugleich die vorhandene polyzentrale Struktur zu mißachten und ihrer unabweisbaren Vorteile zu berauben, ist eine noch ungelöste Aufgabe. Selbst in der Zeit, als der Kommunalverband noch eine stärkere Integrationsrolle im Gesamtverband der Ruhrgebietsstädte übernahm, ist es ihm nicht gelungen, die innerregionalen Disparitäten wesentlich abzubauen.

Die Dominanz der Hellwegzonenstädte liegt in ihrer Größe selbst und läßt sich auch durch ein Regionalparlament, daß mit erheblichen Kompetenzen (z.B. in der Wirtschaftsförderung der Raumplanung und der Kulturförderung) ausgestattet ist, nicht verringern. Auch eine weitere Eingemeindungswelle, die die verbliebenen Emscherzonenstädte den Großstädten der Hellwegzone zuordnet, hat diesbezüglich ihre Schwächen.

Die Hellwegzonenstädte müßten dann zwar die kommunale Verantwortung für die Emscherzone mit übernehmen, sie wären aber bei der bestehenden politischen Struktur damit auch in der Lage, die dadurch hinzugewonnenen Einnahmen gegen die Interessen der neu hinzugewonnenen Einwohner umzuverteilen. Eine solche Strategie ist in Abtacht der insgesamt knappen Mittel auch der Hellwegzonenstädte sogar wahrscheinlich.

Aus diesem Grunde erscheint mir der erste notwendige Schritt zur erforderlichen Zentralisierung der politischen und planerischen Kompetenzen des Ruhrgebietes eine erhebliche politische und organisatorische Stärkung der dezentralen Einheiten, und das sind im Ruhrgebiet auch vom Selbstverständnis der Bevölkerung her die Stadtteile. An ihnen orientiert sich auch die räumliche Identitätsbestimmung der Ruhrgebietsbewohner stärker als an den immer wieder neu umgrenzten Gesamtstädten. Hier läge eine Verkleinerung der bisherigen Bezirksvertretungen des Ruhrgebietes auf die mehr oder weniger gewachsenen Stadtteilgrenzen bei gleichzeitiger Kompetenzstärkung dieser politischen Untereinheit nahe. Hier sind zugleich auch die Mitwirkungschancen bei einer Umwandlung des Ruhrgebietes von der Basis her zu verbessern. Dies jedoch nur, wenn die Gestaltungsmöglichkeiten im Stadtteilrahmen erheblich vergrößert und die Mitwirkungsmöglichkeiten dieser Einheiten im städtischen und im regionalen Zusammenhang erheblich vergrößert würden.

Im Rahmen der Reformen der Bezirksvertretungssatzungen gibt es hier schon interessante Vorschläge, die es neu zu diskutieren gilt. Wichtig ist hier vor allem eine vergrößerte



städtebauliche Gestaltungsmöglichkeit, ein eigenes Finanzierungsaufkommen und ein differenziertes Vetorecht gegen gesamtgemeindliche und regionale Parlamentsentscheidungen. Zugleich müßten die Stadtteile bzw. ihre gewählten Vertreter das Plenum regionaler Gesamtentscheidungen darstellen. Dies kann in Form eines erneut gestärkten Kommunalverbandes oder aber auch in einer ganz neuen Organisationsform geschehen. Dabei wäre wiederum Voraussetzung, daß das Ruhrgebiet nicht länger in drei Regierungsbezirke geteilt ist, sondern selber einen eigenen Regierungsbezirk darstellt.

Die Stadtteile müßten in diesem Rahmen über eigene dezentrale Verwaltungseinheiten verfügen, die zum einen sämtliche zur Entscheidung notwendigen Informationen zur Verfügung stellen und zum anderen alle häufiger in Anspruch genommenen Verwaltungsdienste dezentral anbieten. (Auch hierzu würden die neuen Informationstechnologien und die damit einhergehenden Infrastruktur notwendig werden.) Ergänzend hierzu sollten die Stadtteile auch wieder verstärkt die untersten privaten Versorgungseinheiten der Region werden, wobei die damit gestärkten oder neu zu schaffenden Stadtteilzentren zugleich die untersten Knotenpunkte eines rasterförmigen auf einer Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs basierenden Verkehrskonzeptes für das Ruhrgebiet bilden könnten.

Eine hochmobile Verkehrskonzeption muß dabei vor allem die Nordsüdrichtung des Rasters stärken. Ein in Nordsüd- und Ostwestrichtung gleichwertiges ÖNV-Raster entspricht nicht nur der polizentralen Struktur des Ruhrgebietes, sondern erhöht zugleich die Mobilitätschancen innerhalb der Gesamtregion erheblich. Diese sind nicht nur Voraussetzungen für einen strukturellen Wandel der Region, sondern auch für ein stärkeres, d.h. an alltägliche Kooperationserfahrungen gebundenes, Regionalbewußtsein der Bevölkerung. Die erhaltenswerte Polizentralität des Ruhrgebietes gibt jedoch auch dem privaten Automobil, wenn auch in der Nutzungshäufigkeit erheblich reduziert, einen eigenständigen und unverzichtbaren Stellenwert im Regionalverkehr. Innerhalb der Stadtteile und in der näheren Stadtteilumgebung, d.h. im groben innerhalb eines ÖNV-Rasters, ließe sich durch das Fahrrad und durch eine Umstrukturierung des öffentlichen Nahverkehrs eine erhebliche Autoverkehrsberuhigung erreichen. (Siehe zu diesem Verkehrskonzept differenzierter in der studentischen Projektstudie.)

Innerhalb der Stadtteile wäre auch eine neue Reintegration von Wohnen und Arbeiten auf Basis emissionsarmer Produktionen anzustreben, um von dort her das Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Dies gilt insbesondere für die oberzentralen Stadtteile, in denen die Citys der verschiedenen Größenordnungen liegen. Eine erhebliche Reduzierung der individuellen PKW-Benutzung bei den immer wiederkehrenden Einzelfahrten, wie z.B. zum Einkaufs- und zum Arbeitsplatz außerhalb des Stadtteils, würde gerade in diesen Stadtbereichen die notwendigen Freiflächen zur Erhöhung des Wohnanteils und eines entsprechenden Wohnumfeldes bereitstellen. Da diese Citylagen jetzt schon wichtige Knotenpunkte im ÖNV-

Netz darstellen, muß hier auch die weitere Arbeitsplatzverdichtung ins Kalkül gezogen werden. Für die Citys der Hellwegzone besteht hier eine enge Verbindung zwischen der Profilierung als großstädtische Zone des Ruhrgebietes und der Reduzierung des Verkehrsaufkommens durch Konzentration der Arbeitsplätze an den Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs.

Gerade im Umbau des Verkehrsnetzes und seiner Nutzung liegt ein Schlüssel zur Umstrukturierung des Ruhrgebietes. Die Steigerung der regionalen Mobilität bei gleichzeitiger Reduzierung des Automobilverkehrs schafft die zum Umbau notwendige räumliche Flexibilität, steigert längerfristig die Standortattraktivität des Ruhrgebietes als Wohnort und bietet zugleich eine neue regionale Identität durch eine Vorreiterrolle im ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

In einem solchen Umfeld könnte zugleich eine neue Automobilgeneration entwickelt werden, die entsprechend ihrer reduzierten Nutzung nicht nur erheblich umweltfreundlicher, sondern auch erheblich billiger als die herkömmlichen PKW's sein könnte. Eine solche Automobilproduktion wäre zugleich eine mögliche neue industrielle Basis mit weltweiter Exportorientierung, die zugleich den hier noch vorhandenen Basisindustrien (Elektrotechnik, Stahlerzeugung, Chemie usw.) neue Absatzmöglichkeiten böte.



#### 4. Die soziokulturelle Basis einer neuen Ruhrgebietstrategie

Eine wirtschaftliche Umstrukturierung bringt auch einen Wechsel sozialer Identitäten mit sich, die damit einhergehende Weiterbildungs- und Qualifikationsoffensive bildet ein neues Bewußtsein und neue Wertvorstellungen. Dabei muß klar sein, daß große Teile der Ruhrgebietsbevölkerung den damit verbundenen kulturellen Wandel gar nicht oder nur sehr schwer mit machen können. Auch aus diesem Grunde ist es sinnvoll, bestimmte Formen der industriellen Produktion und der daran geknüpften sozialen Identität für eine Übergangsphase aufrecht zu erhalten.

Die kulturelle Bestimmung durch die körperliche Arbeit hat im Ruhrgebiet zugleich große örtliche Bindungen entwickelt, die spezielle in der bergmännischen Lebensweise verankert sind, sich aber auch in den anderen industriellen Produktionsbereichen zu ähnlich bodenständigen Werthaltungen verfestigt haben. Diese räumliche Bindung ist zugleich ein erhebliches Mobilisierungspotential für jede regionale Strategie, da die so aufs Bleiben angewiesenen sozialen Gruppen in besonderer Weise bereit sind, für den weiteren Bestand der Region etwas zu tun.

Diese Gruppe wäre im wahrsten Sinne des Wortes bereit, Hand anzulegen, sie wäre aber andererseits nicht in der Lage, erhebliche Weiterqualifizierungsmaßnahmen über sich ergehen zu lassen. Hier spielt das Lebensalter der Betroffenen natürlich noch eine wichtige Zusatzrolle, sowie die Tatsache, ob ihnen mit einer solchen Maßnahme die Sicherheit des Arbeitsplatzes wirklich gewährleistet sein könnte. Das Potential dieser kulturell relativ wenig mobilen, jedoch handwerklich begabten, und tätigkeitsbereiten Schichten ist im Ruhrgebiet enorm groß. (Hierbei spielen Langzeitarbeitslose, Frührentner, tätigkeitsinteressierte Invaliden und ähnliche Personen eine besondere Rolle.)

Dieser großen Gruppe stände trotz der anvisierten Abnahme industrieller Arbeitsprozesse im Ruhrgebiet eine große Menge materieller Renovierungsarbeiten gegenüber (Wohnungs- und Wohnumfeldsanierung, Anpflanzungs- und Begrünungsaktionen, Straßenrückbau, Verrohrung der Abwässer, Flußrenaturierung usw.).

Eine zweite wichtige Gruppe sind die jugendlichen Arbeitslosen mit geringer oder gar keiner Qualifikation. Sie sind nach meiner Einschätzung bei der entsprechenden Motivierung überaus tätigkeitsbereit und zugleich an sozialen, kulturellen Änderungen interessiert. Eine übliche Schul- oder Weiterbildungsqualifikation ist ihnen jedoch schwer zugänglich, vor allen Dingen dann, wenn sie schon längere Zeit arbeitslos waren. Diese Gruppe ist auch keineswegs mehr der Arbeiterkultur im Sinne der entsprechenden sozialen Disziplinierungen zugänglich, dafür aber stark an neuen Technologien interessiert, wenn auch in der degenerierten Form der Computerspiele, der Comicsprache und der Videokultur. Bei entsprechender materiellen Unterstützung (freie Compu-

terläden in den Stadtteilen) und der entsprechenden sozialen und fachlichen Betreuung (ins Straßenleben der Jugendlichen integrierte Pädagogen, die eine Ausbildung am Computer genossen haben) könnte hier außerhalb der formalen Bildungswege ein technisches Qualifikationspotential entstehen, das zugleich Identität anbietet, die einer zukünftigen Entwicklung des Ruhrgebietes zupasse käme.

Hier wäre auch eine soziale Verbindung zu einer im Ruhrgebiet schon länger vorhandenen kulturell engagierten und hochqualifizierten Szene gegeben, die sich zwar vom kulturellen und bildungsmäßigen Niveau erheblich von den jugendlichen Arbeitslosen unterscheidet, jedoch bestimmte Ähnlichkeiten der Lebensweise aufweist, die eine produktive Annäherung möglich macht. Das Leben von der Hand in den Mund, das Bevorzugen freiwilliger Kooperation gegenüber disziplinierten Arbeitsweisen, das größere Interesse an freier Zeit als an der "großen Knete" und eine eher grüne Grundhaltung binden diese beiden Gruppen mehr aneinander als an die traditionellen Arbeitsschichten des Ruhrgebietes

Eine weitere wichtige Gruppe sind die neuen Dienstleistungsschichten im Ruhrgebiet, die immer noch über geregelte Arbeit und damit über gesichertes Einkommen verfügen und von ihrer kulturellen Orientierung sowohl zu den traditionellen Werten der Ruhrgebietsarbeiterschaft als auch zu neuen Kulturszene neigen. Von ihnen fühlt sich jedoch nur ein kleiner Teil an diese Region und ihre spezifischen Lebensbedingungen gebunden. Die Mehrzahl bleibt im Ruhrgebiet, weil sie hier und nicht woanders über einen sicheren Arbeitsplatz verfügt. Eine Minderheit von ihnen wäre jedoch bereit, an einem regionalen Umstrukturierungsprozeß aktiv teilzunehmen, sofern ihr dazu eine adäquate Gelegenheit geboten würde. Ein Teil tut das schon, indem er in Bürgerinitiativen aktiv ist, bei den Parteien mitmacht oder sich als Fachfrau oder Fachmann speziell für regionale Belange engagiert (Erhalt der Arbeitersiedlungen, ökologische Erneuerungen, Stadtplanung usw.).

Bei der letzten Gruppe ist sowohl eine regionale Bindung als auch eine hohe Bereitschaft zu kulturellem Wandel gegeben. In ihrem Kreis befinden sich die oben im Text schon einmal genannten "alternativen Eliten", die sich jedoch keineswegs von ihrer Arbeit her auf den öffentlichen Bereich oder von ihrem Einkommen her auf die oberen Verdienstgruppen beschränken. Diese Gruppe ist jedoch insgesamt viel zu klein und zu einflußlos, um eine Führungsrolle im strukturellen Wandel der Region zu übernehmen.

Das gleich gilt für ihre soziokulturelle Basis, die nach wie vor im Ruhrgebiet immer noch wesentlich kleiner ist als in anderen ähnlich verdichteten Ballungsräumen der Bundesrepublik. (Hätte es die Universitätsgründungen im Ruhrgebiet nicht gegeben, gäbe es diese Gruppe wahrscheinlich überhaupt nicht.) Letzteres gilt vor allen Dingen für eine weitere Gruppe, die man gewöhnlich das linksliberale Bürgertum nennt. Ihr sozialer Anteil an der Region geht mit wenigen Ausnahmen gegen Null. Im sozialdemokratischen Kul-



urbetrieb dagegen gibt es eine kleine, wandlungsbereite Gruppe, die jedoch innerhalb der politischen Machtapparate kaum über Einfluß verfügt. Sie könnte aber nichtsdestotrotz eine Führungsfunktion beim regionalen Wandel übernehmen, und zwar als Vermittler zwischen der SPD und der Grünen-Alternativen-Szene des Ruhrgebietes.

Ansonsten gilt im Ruhrgebiet als absolute Dominante ein Mischmasch aus kleinbürgerlicher Arbeiterkultur, Massenkultur und purer Lethargie. Eine kulturell offensiv orientierte Arbeiterkultur, die an traditionellen Konzepten und Erfahrungen (zwanziger Jahre, Ruhrkampf, kommunistische Tradition der Ruhrgebietsarbeiterbewegung) anknüpft, gibt es nur in kleinen Enklaven einiger ehemals umkämpfter Arbeitersiedlungen. Sie spielen insofern jedoch eine wichtige Rolle, als sie die wenigen Anschlußpunkte einer kämpferisch-innovativen Ruhrgebietskultur sind, und die es zugleich als wichtige Spuren eines erneuten Strukturwandels zu sichern gilt.

Hieran anschließen könnte ein zunehmendes Bewußtsein einiger sozialdemokratischer Ortsvereine und Stadtteilorganisationen, sowie ihrer gewerkschaftlichen Kooperationspartner in der IG-Bergbau oder der IG-Metall. Die IG-Bergbau als Ganzes ist jedoch viel zu sehr in den Atomkurs der Bundesregierung eingebunden, als daß sie eine Oppositionsfunktion im Ruhrgebiet übernehmen könnte. Entsprechend ist auch ihr kulturelles Potential einzuschätzen. Etwas anders liegt die Sache bei der IG-Metall, die im Ruhrgebiet zwar weniger stadtteilorientiert verankert ist als der Bergbau, jedoch durch ihre verschärften Kampfformen einschließlich von Betriebsbesetzungen und Vergesellschaftungsstrategien auch eine soziokulturelle Innovationsrolle übernehmen könnte.

Das gleiche gilt, wenn auch aus anderen Gründen, für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die im Bereich einer neuen Qualifikations- und Weiterbildungsoffensive in einer Kooperation zwischen Schulen und Hochschulen einen Teil der Bildungseliten der Region mobilisieren könnte. Für diese Gruppe ergäben sich dadurch zumindest regional auch neue Wege aus der eigenen Arbeitslosigkeit.

Eine weitere soziokulturell wichtige Bewohnergruppe für einen strukturellen Wandel des Ruhrgebietes sind die Ausländer, insbesondere die türkischen Bewohner. Sie sind von ihren Werthaltungen und Einstellungen, zumindest was die Älteren von ihnen betrifft, am allerwenigsten aktivitätsbereit. Die Kindergeneration ist jedoch durch ihre doppelte Heimatlosigkeit in einer kulturell sehr offenen Situation, die einerseits sehr schwer zu bewältigen ist, andererseits aber nach soziokultureller und damit auch sozialräumlicher Orientierung sucht.

Die regionale Förderung einer Ausländerkultur, verbunden mit einer Qualifikationsoffensive für ihre Kinder und Jugendlichen, könnte das Ruhrgebiet nicht nur kulturell vielfältiger machen, sondern zugleich eine neue Gruppe engagierter Mitstreiter für einen Strukturwandel erobern. Vo-

raussetzung dafür wäre natürlich die Anerkennung einer Gettokultur (wobei diese dann auch verstärkt für die griechischen, jugoslawischen und italienischen Ruhrgebietsbewohner gelten sollte), Abbau der Ausländerfeindlichkeit, Zusage des lebenslangen Bleibens und das kommunale Wahlrecht. Auf dieser Basis einer gemeinsamen Aufgabe bei gleichzeitiger Anerkennung der Unterschiedlichkeit der Kulturen könnte das Ruhrgebiet auch eine neue soziale Identität ausformulieren, die es zwar schon immer hatte, jedoch nie offensiv zu ihrem Selbstverständnis erklärte: ein europäischer Schmelztiegel zu sein, der alle willkommen heißt, die an der Zukunft dieser Region mitarbeiten wollen.

Eine Verschärfung der Armutssituation im Ruhrgebiet widerspricht einer solchen Strategie erst einmal, weil sie oberflächlich gesehen die Ausländerfeindlichkeit fördert, läßt sich aber bei der entsprechenden politischen und kulturellen Offensive gerade aufgrund der größeren Notlage umkehren. Zunehmende Armut birgt nämlich auch das Potential neuer Solidarität in sich. Es geht dann nicht mehr um deutsch-ausländische Begegnungstage, sondern um gemeinsames konkretes Tun in einer schwierigen Situation. Die Zweisprachigkeit der türkischen Bevölkerung aber auch der anderen ausländischen Gruppen sollte dabei von der Schule her massiv gefördert werden, denn über sie ergibt sich die Möglichkeit, auch wirtschaftliche Verbindungen zu den jeweiligen Ursprungsländern zu knüpfen, z.B. mit jungen, gut ausgebildeten Türken und Türkinnen, die zwar im Ruhrgebiet ihre Heimat haben, jedoch häufig in der Türkei beratend beim Aufbau und Umbau in verschiedenen Produktionszweigen, die das Ruhrgebiet beliefert oder mit Anlagen bestückt, tätig sind.

Grundsätzlich gehören kulturelle Anstrengungen neben einer wirtschaftlichen Reorganisation zu den hauptsächlichsten Gegenstandsfeldern eines regionalen Wandels. Sie verbinden sich an der Stelle mit der oben genannten Strategie des Oberwasserhaltens mit der ökonomischen Seite, wo sie auf ihrer sozialen Seite für einen Teil der Bevölkerung über längere Zeit und wahrscheinlich auch im Rahmen der ökonomischen Umwandlungsstrategie unvermeidbar Arbeitslosigkeit akzeptiert und positiv wendet.

Ein sehr kleiner Teil der Ruhrgebietsarbeitslosen tut dies jetzt schon, muß sich jedoch gleichzeitig den Vorwurf des Parasitentums gefallen lassen. Im Rahmen einer sozialen Grundsicherung für alle könnte eine solche Gruppe gerade im Ruhrgebiet jedoch die fehlende kreativ-kulturelle Basis erweitern helfen. Derartige Freizeit, sei es als Konsument von Kultur oder aber auch als nichtprofessioneller Produzent, hat eine soziale Streuwirkung, die für die Zukunft der Region ein wichtiger Teil ihres Wandels sein könnte. Auf diesem sozialen Nährboden erst kann sich ein breites künstlerisches Potential entfalten, das sowohl mehr Spitzenqualifikation erzeugt als auch eine generelle Umorientierung auf ein "kulturelles Leben" ermöglicht.

Dem Ruhrgebiet fehlen eigentlich weniger kulturschaffende



als Kulturgenießende Personen, die die Räume der verschiedensten alternativen und konventionellen Kulturstätten füllen würden. Das Aufbrechen einer fernsehorientierten Massenkultur hat als Basis ein anderes Freizeitverständnis und damit auch ein anderes Arbeitsverständnis zur Grundlage. Die Tendenz zu weniger Arbeit, die sich in dieser Region erst einmal von außen aufzwingt, muß zum positiven Selbstverständnis gewandelt werden. Der zunehmende Spaß an der kulturellen Tätigkeit, sofern sie für alle bezahlbar und zugänglich ist, wäre hierzu die Voraussetzung. Zur kulturellen Tätigkeit zählt hierbei auch jede Art von erfinderischer Spinnerei, jede Art von kreativem Hobby und Spiel. Zunehmend frei werdende Fabrik- und Wohngebäude sollten hier schnell (nicht erst dann, wenn sie erheblich renovierungsbedürftig sind) an solche Freizeitnutzer vergeben werden.

Generell geht es darum, immer mehr Menschen in dieser Region gesellschaftliche Freiräume zukommen zu lassen, ohne sie dabei zu diskriminieren. Dies trifft insbesondere für zwei Gruppen zu, die sozial sehr unterschiedlich strukturiert sind, jedoch das grundsätzlich gleich Bedürfnis nach Freiräumen haben. Dies sind zum einen die im Ruhrgebiet zunehmende Gruppe der Langzeitarbeitslosen, die nicht mehr in der Lage sind, einer geregelten Tätigkeit nachzugehen und deswegen den größten Teil ihres Tages vor dem Fernseher oder an der Bierbude verbringen. Eine andere Gruppe sind die eher jüngeren und meistens besser qualifizierten Personen, denen die freie Zeit so wichtig ist, daß sie dafür bereit sind, auf einen großen Teil ihrer Konsumwünsche zu verzichten. Beide Gruppen verfügen über ein sehr geringes Einkommen und damit auch über wenig Wohn- und Aktionsraum.

Ihnen gilt es insbesondere, mehr materielle Räumlichkeiten zu verschaffen, in denen sie ohne jede Auflage frei wirken können. Das können genauso gut Gebäude wie wildes Land sein. Auch solche Bereiche gibt es vereinzelt im Ruhrgebiet schon. Es gilt sie nur anzuerkennen und zu vervielfachen. So mancher der Menschen, die landläufig als "kaputt" bezeichnet werden, würden über kurz oder lang auf einem Stück Land etwas zu gestalten versuchen, und sei es nur einen kleinen gemütlichen Platz, um dort ungestört Alkoholiker zu sein.

Für andere Menschen mit sehr geringem Einkommen könnte es die Möglichkeit sein, laienhafte landwirtschaftliche Selbstversorgung zu erproben und damit einen Teil ihres niedrigen Einkommens auszugleichen. Anderen könnte es zur Kleinstwohnung ihrer Familie eine selbst zusammengebaute Gartenlaube mit grüner Umgebung bieten. Aber auch in Gebäuden könnten verschiedenste Arten von unqualifizierten Produktionen stattfinden, die erst einmal nur den Sinn der Selbstbeschäftigung haben und somit bei manchen Menschen mehr helfen als ein sozialstaatliches Therapieangebot. Auch diese Gruppen der "nicht mehr Integrierbaren" wird im Ruhrgebiet zunehmen, und so ist diese Art von Kulturarbeit zugleich auch ein Weg zur materiellen Absicherung der Armen.

Was für die einen den endgültigen Abstieg verhindern könnte, gäbe dem anderen experimentelle Freiräume, die, wenn auch nicht beabsichtigt, über kurz oder lang zu neuen verwertbaren Produktionsprozessen führen. Aus Spaß an freibestimmter Gartenarbeit kann ökologische Landwirtschaft entstehen, aus Spaß an kreativem, materiellen Gestalten ein Kunstwerk, aus Spaß am Basteln eine Recyclingwerkstatt.

Grundsätzlich gilt jedoch, daß das Qualifikationsniveau der Region sowohl breiter gestreut als auch von höherem Niveau sein muß, um einen strukturellen Wandel erfolgreich zu bewerkstelligen. Diese generell höhere und breitere Qualifikation setzt in einer Region, die vorerst nicht sicher sein kann, die so Ausgebildeten auch vor Ort beschäftigen zu können, ein anderes Verhältnis zur Bildung und Ausbildung voraus. Weiterbildung und Höherqualifikation muß auch einen Sinn machen, wenn damit für den einzelnen nicht unbedingt und sofort Arbeitsplatzsicherheit verknüpft ist. Das bedeutet jedoch eine viel stärkere kulturelle Durchdringung jeder Art von Qualifikation, ein anderes Selbstverständnis von Schule und Ausbildung und andere Formen des Lehrens und Lernens.

Zugleich muß die Schule selbst eine stärkere regionale Bindung erzeugen, damit die Qualifizierten nicht bei der ersten besten Gelegenheit das Weite suchen. Außerdem muß die Region außerhalb der Arbeit soviel Attraktionen für jüngere Menschen mit guter Ausbildung bieten, daß sie zumindest eine Zeit lang mit geringer oder gar keiner Beschäftigung am Ort bleiben. Dazu würde sowohl ein innovatives Selbstverständnis der Region als auch die hier skizzierte Verbreitung der kulturellen Basis beitragen. Das Motto könnte heißen: Wir sind zwar nicht die reichste und auch nicht die schönste Region, aber es ist spannend hier zu leben, und das kulturelle Niveau ist vergleichbar hoch oder sogar höher als in Regionen, denen es finanziell besser geht. Ein solches Konzept würde zugleich gut ausgebildete bürgerliche Schichten halten und die Region selbst für die attraktiv machen, die landläufig als Yuppies abgestempelt werden.

Das soziokulturelle Selbstverständnis der Region muß sich ähnlich wie die wirtschaftliche Struktur auf Dauer von seiner Einseitigkeit befreien. Die Symbole der schweren körperlichen Arbeit und der bergmännischen Tradition, die solange durch die regionale Kulturlandschaft geisterten und noch immer geistern, der proletarische Provinzialismus des Kumpel Anton sowie das Sprachmilieu eines Jürgen von Manger sind nach wie vor Teil der Region, jedoch immer mehr nur ein Teil einer neuen Vielfalt. Auch eine ökologische Identität, die in Anbetracht der enormen Umweltzerstörung aus sich selbst heraus sinnvoll erscheint, ist letztlich für die Zukunft des Ruhrgebietes zu einseitig. Deswegen erscheint mir der erste Schritt zu einer neuen Ruhrgebietskultur erst einmal nur der bewußt vollzogene Abschied von den bisherigen Einseitigkeiten. Der Förderturm als mögliches Symbol für mögliche olympische Spiele zeigt jedoch, wie fest das bestehende Außenbild auch als Innenbild in den



Köpfen der Ruhrgebietsverantwortlichen verankert ist.

Nimmt man die dezentrale Siedlungsstruktur des Ruhrgebietes als relativ feste und damit langfristig gegebene Rahmenbedingung der zukünftigen Entwicklung, so liegen allein schon von daher die Entwicklungschancen in der Vielfalt. Das Ruhrgebiet bietet Raum sowohl für großstädtische als auch für kleinstädtische als auch für dörfliche Mentalitäten. Seine traditionelle Stadtteilorientierung läßt, sofern man diese auch politisch stärker betont, enorm viele sozial kulturelle Differenzierungsmöglichkeiten zu. Bei ausgebauten räumlichen Mobilitätschancen kann hier auch in der alltäglichen Erfahrung der Bewohner sowohl die Einheit der Region als auch ihre Vielfalt realisiert werden. Entsprechend sollte auch die Kulturförderung stärker dezentralisiert werden, jedoch nicht ohne eine gleichzeitige Konzentration von Veranstaltungsorten und einen Abbau bestehender kommunaler Konkurrenzen gerade auf diesem Gebiet zu forcieren.

Insbesondere die Minderheitenangebote, sowohl die etablierte Hochkultur als auch das, was langläufig als Alternativkultur bezeichnet wird, bedarf dringend der räumlichen Konzentration und womöglich auch der räumlichen Arbeitsteilung. Auf der einen Seite muß auf Stadtteilebene die kulturelle Basisarbeit geleistet werden, um die Region auf Dauer zur Kulturregion zu machen, auf der anderen Seite müssen sich die aktuellen Minderheitenangebote sowohl der etablierten Hochkultur als auch der sogenannten Alternativkultur stärker bündeln, um eine größere Wirkung zu erzielen.

Warum sollte es nicht auch im Ruhrgebiet Theaterviertel oder Künstlerviertel geben, die ein Anziehungspunkt für die gesamte Region bieten und zugleich die Schnittstelle zum nationalen Kulturbetrieb bilden? Solche kulturellen Zentren könnten zugleich die Vorreiter eines anderen regionalen Selbstverständnisses sein, das die großstädtische Seite des Ruhrgebietes mehr betont, ohne seine kleinstädtische und dörfliche aufzugeben.

Sie könnte zugleich die Motoren einer allgemeinen Umdenkungsbereitschaft in der Region sein, die ihr zu einer neuen Offenheit und Vielfalt verhilft. Das schließt keineswegs aus, daß sich aus diesen Zentren der kulturellen Bewegung und Innovation die Kulturschaffenden an die Peripherie bewegen, um dort ihre Gastspiele zu geben. Bei einem entsprechend mobilen Verkehrssystem ist es aber auf keinen Fall notwendig, daß jede Ruhrgebietsstadt versucht, das gesamte kulturelle Spektrum, wenn auch auf verschieden hohem Niveau, anzubieten. Wenn die Emscherzone einen Teil ihrer siechenden kulturellen Einrichtungen an die Hellwegzone verlore, und stattdessen eine Dezentralisierung von Forschung und Entwicklung und Weiterbildung zu ihren Gunsten statt fände, wäre dies ein gutes Geschäft für sie.

Mit einer räumlich kulturellen Zentralisierung und Bündelung könnte zugleich auch der politische Austausch innerhalb der auf einen Wandel gerichteten politischen und sozi-

alen Kräfte zunehmen. Die zu Anfang dieses Kapitels genannten Gruppen hätten dann regionale Treffpunkte, in denen sich in der kulturellen Diskussion auch die politischen Ziele und Gemeinsamkeiten stärker herauschälen könnten.



## 5. Finanzierungsstrategien für eine alternative Ruhrgebietsstrategie

Im Prinzip bestehen mehrere Finanzierungsstrategien für das Umbauprogramm einer Region:

### - Die Regreßstrategie

Sie bittet alle die zur Kasse, die sich in der Region durch die Ausbeutung der Bevölkerung und der Natur eine "goldene Nase" verdient haben und nun aus Profitabilitätskriterien diesen Raum den Rücken kehren. Sie ist am schwierigsten durchzusetzen, weil zum einen das Verursacherprinzip kaum präzise quantifizierbar und den jeweiligen Betrieben oder sogar Einzelpersonen zuzuordnen ist (Die Erfahrungen der Altlastensanierungen zeigen hier die Schwierigkeiten deutlich auf.), und zum anderen, weil es keine Macht gibt, die selbst wenn das Verursacherprinzip technisch umsetzbar wäre, dieses Geld einzutreiben in der Lage wäre. Ein Betrieb, der schließt oder den Standort wechseln will, ist für die Gewerkschaft nicht mehr unter Druck zu setzen, im Gegenteil. Eine Regierung, die das private Eigentum an den Produktionsmitteln und seine Profitabilität nicht nur ideologisch sondern auch als ökonomischen Wachstumsfaktor schützt, wird in diesem Falle ebensowenig eingreifen.

Eine andere Region, die um die neuen Arbeitsplätze versessen ist, wird ebenfalls keine entsprechenden Rückzahlungsbedingungen an die Neuansiedler im Interesse der Region stellen, die sie verlassen haben.

### - Die regionalistische Strategie

Sie wird, angetrieben von den betroffenen Regionalbewohnern selbst, mittlerweile auch von den Lokal- und Landespolitikern angewandt, um auf nationaler Ebene die räumliche Solidarität der anderen Region einzuklagen und die nationale Regierung als Umverteilungsinstanz notfalls unter politischen Druck zu setzen.

Hier wäre für die Region bei entsprechend verstärktem Protest sicherlich mehr zu holen, als das, was ihr bisher von außen gegeben wurde. Eine nationale Regierung ist hier jedoch nicht beliebig erpressbar, da sie zum einen mit Fug und Recht auch von anderen Regionen unter Druck gesetzt werden kann, und zum anderen auch sich selbst von der Besteuerungsfähigkeit der privaten Unternehmen abhängig ist.

### - Die Geißelstrategie

Hierbei geht es darum, die nach wie vor auf den regionalen Standort angewiesenen Unternehmen anstatt derer zur Kasse zu bitten, die abwandern. Da die zusätzliche Belastbarkeit solcher Unternehmen schwer abschätzbar ist, vor allen Dingen dann, wenn sie zu einem größeren

und überregional agierenden Konzern gehören, ist es hier sehr leicht, von Seiten der Betroffenen die Abwanderungsdrohung als Gegenmittel einzusetzen. Hinzukommt, daß auch in der öffentlichen Meinung eine solche Strategie sich den Vorwurf der Ungerechtigkeit nicht ersparen kann. Obendrein verschlechtert sie natürlich die Ansiedlungschancen für neue Unternehmen.

### Die Strategie der innerregionalen Umverteilung

Hierbei geht es um die Umwidmung von Finanzen innerhalb der öffentlichen Haushalte auf der lokalen und auf der landespolitischen Ebene. Auch hier bestehen trotz der allgemeinen Finanzknappheit noch erhebliche Handlungsspielräume, die durch das neue Förderprogramm der Bundesregierung zumindest formal erhöht worden sind. Diese Spielräume werden aber, selbst, wenn es gelingt, weitere Kommunalbelastungen auf den Bund abzuschieben (wie z.B. die Sozialausgaben), tendenziell abnehmen. Zumindest arbeitet hier die Zeit gegen das Ruhrgebiet.

### Die Strategie der innerregionalen Solidarität

Hiermit ist die Bereitschaft zur Umverteilung innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung der Region angesprochen, die natürlich auch nur für die mittleren bis oberen Einkommenschicht gelten könnte. In eine solche Strategie ließe sich mit Sicherheit auch ein Teil der Unternehmenschaft einbinden, die z.B. einen Lohnverzicht auch für die Politik und die Bürger kontrollierbar mit Neueinstellungen honorieren würde. Hauptakteur wäre hier mit Sicherheit der öffentliche Dienst innerhalb der Region.

Möglich sind jedoch genauso außerbetriebliche und außerstaatliche Beschäftigungsinitiativen, die durch nachträgliche Umverteilung (Spenden u.ä.) durch die lohnabhängige Bevölkerung finanziert werden könnte. Wie hoch die Bereitschaft für die lohnabhängige Bevölkerung im Ruhrgebiet für eine solche Strategie sein könnte, läßt sich nur schwer einschätzen. Es scheint mir jedoch angebracht, von einer ausgesprochen niedrigen Beteiligungsrate der Betroffenen auszugehen.

### Die Strategie des kostenlosen Strukturwandels

Hiermit sind individuelle Verhaltensänderungen gemeint, wie z.B. die geringere Nutzung des eigenen Automobils und der Umstieg auf das Fahrrad als Nahverkehrsmittel. Auch hier sind nicht zu unterschätzende Handlungsspielräume für den ökologischen Umbau der Region gegeben. Sie können jedoch beim besten Willen nicht ohne andere finanzabhängige Strategien, wie z.B. die Verbesserung des Angebotes im öffentlichen Nahverkehr, funktionieren.

### Die Strategie der unbezahlten, freiwilligen Arbeit



Sie wird im Engagement vieler Bürgerinitiativen und Einzelpersonen für den ökologischen Umbau des Ruhrgebietes schon längst geleistet. Als materielle Umbauarbeit (z.B. Straßenbrückenbau) ist sie natürlich auf umfangreiche Arbeitsmittel angewiesen, die anderweitig bereitgestellt werden müßten (staatlicherseits oder als Unternehmerspende). Ein Potential für die Leistungen gäbe es im Ruhrgebiet in besonders umfangreicher Weise, da ein immer größer werdender Teil der Regionsbewohner über bezahlte Freizeit (Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe u.ä.) verfügt. Das Problem ist nur, daß hier die ärmsten Bewohner der Region wenn schon nicht zur Kasse, so dann jedoch zu einer unentgeltlichen Leistungsabgabe gebraucht würden.

In dieser Form würde eine solche Strategie, vor allen Dingen, wenn sie die einzige wäre, in erschreckender Weise an den Arbeitsdienst im Dritten Reich erinnern. In Kombination mit einer Strategie der innerregionalen Solidarität könnte diese Arbeit jedoch zum Teil bezahlt werden, wobei gleichzeitig die staatlichen Institutionen auf eine Anrechnung dieses Zubrottes auf ihre Leistungen verzichten könnten. In der Kombination des staatlichen Verzichts auf Anrechnung ließe sich hier mitrelativ wenig Geld viel Wirkung erzielen, ohne daß die Betroffenen gegenüber der in Lohn und Brot befindlichen Bevölkerung im Nachteil wären.

Regresstrategien sind jedoch nicht von vornherein ausgeschlossen. Sie sind jedoch nur durch rigorose Kampfformen zu erreichen und setzt auch nur die Kapitaleigner unter Druck, die mit großen Teilen ihrer Produktion nach wie vor an das Ruhrgebiet gebunden sind. Da aber die neuen Technologien vor allen Dingen die weniger materialabhängigen Produktionsbereiche immer standortunabhängiger machen, ist hier häufig nicht einmal mehr eine konsequente nationale Kapitalbesteuerungspolitik in der Lage, eine sozialverträgliche räumliche Investitionslenkung einzuleiten.

Im speziellen Fall von Rheinhausen jedoch wäre es durch einen generell durchgeführten Streik in allen Stahlbetrieben des Ruhrgebietes ohne weiteres möglich gewesen, die Konzernleitungen kurzfristig unter erheblichen Druck zu setzen. Eine solche Kampfbereitschaft, und vor allen Dingen eine solche regionale Solidarität zwischen den Arbeitnehmern ist im Ruhrgebiet aber (noch) nicht vorhanden.

Gäbe es sie jedoch, und würde sie sich zugleich in einem verschärften regionalistischen Protest nach außen wenden, dann könnte durch sie eine erhebliche Umbauleistungen erbracht werden, ohne darauf zu warten, daß das kapitalistische System als Ganzes so verändert würde, daß die soziale Verantwortung der Unternehmen, an die in der letzten Zeit im Ruhrgebiet so häufig appelliert wird, zum Durchbruch käme. Gelänge es zugleich einen Teil der noch vorhandenen öffentlichen Investitionsmöglichkeiten durch politischen Druck innerhalb der Region umzulenken, scheint mir in Anbetracht auch der in Zukunft noch verbleibenden erheblichen ökonomischen Poten-

tiale ein relativ autonomer Strukturwandel möglich.

Der Umbau der Siedlungs- und Verkehrsstruktur scheint mir dabei der wichtigste Gegenstand der langfristigen Umbaubemühungen. Zum einen, weil er der Region zum größten Teil politisch verfügbar ist, und zum anderen, weil hier Arbeitsplätze geboten werden, die der Qualifikation der arbeitslosen Ruhrgebietsbevölkerung am ehesten entspricht. Insbesondere bei der Verkehrsplanung können sich hier kostenlose Verhaltensänderungen mit solidarisch finanzierten Arbeitsplatzangeboten kombinieren. Die enormen Summen, die nach wie vor in eine utopische Ansiedlungspolitik gesetzt werden, hätten hier ihren Umlenkungsgegenstand, der auf Dauer sogar ansiedlungswirksamer ist als der weitere Ausbau des Vierspurstraßennetzes und die zigste Technologie-Beratungsstelle. Die Leistungen, die die Ruhrgebietsbevölkerung dafür erbringen müßte, käme ihnen auch selbst zugute, wäre also Arbeit, die durch das Eigeninteresse motiviert werden könnte.

Ein zweiter wesentlicher Angriffspunkt wäre neben der unbedingten Standarderhaltung der Hoch- und Alternativkultur eine offensive soziokulturellen Basisarbeit in den Stadtteilen vonnöten, die auf ein demokratisches, solidarisches und vor allen Dingen auf ein kulturgenießendes Alltagsleben gerichtet ist. Sie wäre sozusagen das ideelle Pendant zur materiellen Veränderung der Verkehrs- und Siedlungsstruktur. Hier hätte der arbeitslose Intellekt des Ruhrgebietes mit einer ähnlich strukturierten Finanzierungsstrategie ein großes und längerfristiges Tätigkeitsfeld.

Beide Veränderungsgegenstände haben dabei ein enges Verbindungsglied. Ein ökologisches Verkehrsverhalten und die damit verbundene Raumnutzung hat nämlich auch, wenn sie wirklich erfolgreich sein soll, eine andere Lebensweise zur Voraussetzung, die hohe Mobilität nicht mit den gefahrenen Autokilometern verwechselt. Der Genuß der freien Zeit am Lebensort rückt dabei zugleich das alltägliche räumliche Umfeld stärker ins Bewußtsein und erhöht damit auch die Sensibilität für die Zerstörung der Natur und des Menschen.

Die damit einhergehende Förderung des örtlichen Lebens und der produktiven Muße baut nicht nur irrationales Mobilitätsverhalten ab, sondern kompensiert auch eine unvermeidbare Senkung des materiellen Lebensstandards. Dies jedoch nur bis zu einer bestimmten unteren Grenze, die jedoch im Ruhrgebiet bisher nur für einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung erreicht ist. Die Förderung des örtlichen Lebens erhöht aber zugleich auch die Umverteilungsbereitschaft derer, die in ökonomischer Sicherheit leben, da die materiellen und ideellen Vorteile, die dadurch erwirkt werden, für sie selbst auch täglich erfahrbar sind.

Eine kleinräumlich orientierte ideelle Strategie und eine großräumlich orientierte materielle Strategie gehen dabei über eine veränderte Verkehrsinfrastruktur, die notwendige Mobilität mit Umweltverträglichkeit und Menschlichkeit verbindet, auch eine symbolische Verbindung ein. Sie schafft in



doppelter Weise regionale Identität, und zwar nach außen als Zeichen eines anderen Selbstverständnisses, als auch nach innen als eine neue Form sozialer Integration. Zusammen würden beide einen Umdenkungsprozeß organisieren, der bei der zukünftigen Ansiedlungspolitik nicht mehr das Sachzwangsmotto "Wir müssen alles nehmen, was kommt" gelten ließe.

Die Arbeit der Region an sich selbst wäre damit auch ein wesentlicher Schritt zu einer langfristigen größeren politischen Autonomie der Regionsbewohner. Damit könnte das Ruhrgebiet einen allerersten Schritt auf ein Europa der gleichberechtigten Regionen zugehen und auch hier Vorbildcharakter einnehmen. In diesem Zukunftsmodell spielen die neuen Technologien, gerade was die Entwicklung einer anderen, menschenfreundlichen räumlichen Mobilität betrifft, eine Schlüsselrolle. Dabei geht es eben nicht um noch mehr Fernsehprogramme, sondern um eine hochflexible soziale und technische Kommunikation zwischen den Regionsbewohnern und ihren Arbeits- und Lebensbereichen, die den Zwang zur materiellen Bewegung abbaut, und damit sich auf das konzentriert, was der Mensch wirklich braucht, ohne auf die kulturellen und konsumtiven Vorteile hoher räumlicher Verdichtung zu verzichten. Die räumliche Bewegung als Erlebnisraum und als ganzheitlicher Kontakt mit anderen Menschen und der Natur kann dann in den Mittelpunkt der Verkehrs- und Siedlungsentwicklung rücken.

## 5. Erste Überlegungen zur Zukunft der Stadt Herne

Im Rahmen meiner Ruhrgebietsüberlegungen übernimmt die Emscherzone in Bezug auf die Großstadtzentren der Hellwegzone eine vorstädtische Funktion, die dadurch ihr eigenes Profil gewinnt, daß sie die vorhandenen industriedörflichen Strukturen und kleinstädtischen Milieus herausarbeitet und zugleich vermittels frei werdender Industrieflächen stärker durchgrünt und durchwaldet. Diese Stärkung der Wohnfunktion muß jedoch grundsätzlich unter den Wohnumfeldbedingungen der auch in Zukunft noch bestehenden Industrielandschaft der Emscherzone betrachtet werden. Die damit gegebenen Gemengelagen und Umweltbeeinträchtigungen werden durch Schrumpfungprozesse zwar gemildert, jedoch zumindest für die nächsten 30 bis 50 Jahre nicht grundsätzlich aufgehoben. Insofern kann keine Emscherzonenstadt zur Wohnstadt werden, aber sie kann wohnlicher gestaltet werden.

Eine solche Zielsetzung schließt mögliche neue Arbeitsplätze, sofern es die Umweltbelange erlauben, nicht aus. Im Gegenteil, beim Konzept der durchgrünten Stadtteilstadt sollten sie sogar verstärkt in die Stadtteilzentren gesetzt oder zurück verlagert werden. Die ansiedlungspolitik selbst kann in Anbetracht der Ruhrgebietskrise jedoch nur auf gesamtregionaler Ebene sinnvoll gestaltet werden. Die zentrale Frage ist, ob Herne im Rahmen einer solchen regionalen Funktionsbestimmung den eigenständigen Gemeindestatus beanspruchen kann. Herne hat sich zwar durch die Eingemeindung Wanne-Eickels als Großstadt retten können, das jedoch, wie man mittlerweile eindeutig feststellen kann, auf Kosten der ehemaligen Wanne-Eickeler Stadtmitte. Wanne-Eickel ist damit jetzt schon Bochumer Vorstadt, und bei genauerer historischer Betrachtung wäre es für diese Gemeinde günstiger gewesen, mit Herne zusammen nach Bochum eingemeindet worden zu sein, als mit einer Herner City zu konkurrieren, die durch erhebliche Verdichtungsmaßnahmen und durch die erhebliche Verlagerung öffentlicher Arbeitsplätze von Wanne-Mitte nach Herne-Mitte ihren Vorsprung weiter ausbauen konnte.

Das großstädtische Konkurrenzgehabe der Stadt Herne, insbesondere was die Ansiedlungspolitik betrifft, leidet nicht nur an einer hoffnungslosen Selbstüberschätzung, sondern verdeckt zugleich diesen innerstädtischen Konflikt. Ließe man gerade jetzt noch einmal über den Zusammenschluß der Städte Herne und Wanne-Eickel abstimmen, würde eine eindeutige Mehrheit der Wanne-Eickeler Bevölkerung dagegen votieren. Die in den letzten Jahren eindeutig aufblühende Herner Fußgängerzone überdeckt zugleich die Tatsache, daß durch die kurz bevorstehende U-Bahn-Anbindung an die Stadt Bochum auch hier der faktische Eingemeindungsprozeß zu dieser Hellwegzonenstadt erhebliche Fortschritte machen wird.

Diese hat nämlich sowohl in Wanne-Eickel als auch in Herne mit der ersten Bergbaukrise begonnen, denn seit diesen Tagen ist der grundsätzliche Abbau der eigenen Wirtschaftskraft der beiden Städte und der damit einhergehenden



Schrumpungsprozeß nicht aufgehalten worden. Am allerwenigsten entspricht aber die nach wie vor hochgehaltene großstädtische Attitüde dem soziokulturellen Leben der Stadt. Es ist mit Ausnahme einer kleinen aber sehr aktiven Gruppe jüngerer Künstler und Künstlerinnen und Kulturschaffender nach wie vor kleinstädtisch bis hinterweltlerisch.

Ich bin trotzdem gegen die Aufhebung der kommunalen Selbständigkeit der Gemeinde Herne durch eine Zuordnung nach Bochum oder durch eine erneute Zweiteilung in die alten Stadtgrenzen. Die Eingemeindung nach Bochum bringt bei der bestehenden politischen Kultur der herrschenden Sozialdemokratie einen weiteren Einflußverlust der Herner Bevölkerung auf die Ruhrgebietspolitik, und eine Rückgemeindung in die alten Städte Wanne-Eickel und Herne kann Wanne-Eickel nicht mehr retten.

Hoffnung hätte ich nur auf die öffentliche Erarbeitung eines anderen Selbstverständnisses der Stadt als ganze und eine damit einhergehende größere Kooperationsbereitschaft zwischen den Städten Herne und Bochum auf Basis bestehender gemeinsamer Selbständigkeiten. Die Politik der Eigenständigkeit um jeden Preis, muß schnellstens aufgegeben werden. Dies werde ich im folgenden an drei Beispielen, Wohnungspolitik, Arbeitsplatzansiedlung und Kultur erläutern.

Eine Ansiedlungspolitik, die alles nimmt, was sich bietet, verstärkt die negativen Wohnstandortqualitäten, ohne das Arbeitslosenproblem nennenswert zu lösen. Hinzu kommt, daß Herne als Ausgleichsstockgemeinde zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen durch Ansiedlungspolitik zugleich an Zuschüsse aus dem kommunalen Finanzausgleich verliert. Die Stadt Herne ist in einer so schwierigen Lage, daß sie paradoxerweise in der Lage ist, im Interesse eines langfristigen Umstrukturierungsprozesses nur noch das zu nehmen, was in das Konzept einer durchgrünten Stadtteilstadt paßt. In ein solches Konzept paßt z.B. nicht die Ansiedlung weiterer Einkaufszentren, auch nicht in der verkleinerten Fassung des jetzigen Sodinger Projektes. Jede weitere Verkümmern der noch bestehenden und funktionstüchtigen Stadtteilzentren durch eine ausschließlich autoorientierte Versorgung mit Gütern des kurzfristigen und mittelfristigen Bedarfs zerstört die letzten noch vorhandenen Wohnumfeldqualitäten dieser Quartiere.

Das gleiche gilt für eine Wohnungspolitik, die über die Ausweisung immer weiterer Neubaueigenheimflächen die Anzahl der Einwohner auf Biegen und Brechen zu halten versucht. Hierdurch sind in vielen Stadtteilen die in unmittelbarer Nähe vorhandenen Freiflächen erheblich verkleinert und die vorhandenen kleinstädtischen und industriedörflichen Strukturen zersiedelt worden. Selbst die letzten Horte historisch gewachsener Wohnqualitäten in den noch nicht umgebauten oder sonst wie zerstörten Arbeitersiedlungen verlieren durch diese Art von Baulückenschließung ihren attraktiven Charakter.

Eine weitere Form des unbedingten großstädtischen Eigen-

ständigkeitswillens ist die Kulturpolitik der Stadt. Während im anliegenden Schauspielhaus Bochum und vor allen Dingen im Gelsenkirchener Musiktheater hochqualifizierte Angebote aufgrund kommunaler Finanzengpässe reduziert werden müssen, wird in Herne mit allen Mitteln ein eigenständiges aber schlechtes Miettheaterprogramm hochgehalten. Natürlich lassen sich die Engpässe bei der Finanzierung der Kulturpolitik nicht beliebig durch Kooperation zwischen den Städten lösen. Aber selbst, wenn mehr Geld da wäre, müßte sich das Ruhrgebiet als Kulturraum mehr zusammenschließen und sich im Angebot sowohl räumlich als auch arbeitsteilig konzentrieren. Die eigentlich lokale Kulturpolitik der Stadt Herne sollte sich stattdessen stärker als bisher auf die Stadtteile und die dort vorhandenen Kulturträger stützen.

Gerade die insgesamt so hoffnungslose Lage der Stadt Herne im Konkurrenzkampf mit den anderen Ruhrgebietsstädten im Rahmen einer sich allgemein verschlechternden regionalen Wirtschaftssituation ermöglicht ihr eine Vorreiterrolle in Sachen Kooperationsbereitschaft, und das insbesondere auf dem Bereich der Wirtschaftsförderung und der Kultur. Der Ruhrgebiets-öffentliche Verzicht auf eine eigenständige Industrieansiedlungspolitik und auf ein eigenes Theaterprogramm zugunsten einer gesamtregionalen Wirtschafts- und Kulturinstitution würde hier nicht nur eine neue Ära der Ruhrgebietspolitik einläuten, sondern auch zugleich den Kooperationswillen der umliegenden Städte erhöhen. Die Zentralisierung von Hochschuleinrichtungen der Universität Bochum in die Emscherzone und insbesondere in die Stadt Herne hinein könnte die Stadt auf Dauer sogar auch kulturell weiter bringen als die Aura eines eigenen Theaters.

Die Bereitschaft zu einem solchen geänderten Selbstverständnis ist nirgendwo zu erkennen. Innerstädtische Fußgängerzonen werden noch weiter ausgebaut und zum zehnten Mal umgestaltet und mit weiteren Parkplatzasphalt umgeben, um Kaufkraftabwanderung in die umliegenden Großkommunen zu verhindern. Nutzbare Grünpotentiale werden für illusorische Ansiedlungshoffnungen freigehalten. Wo auch immer sich eine Baulücke findet, werden Billigsteigenheime hingepflastert, riesige Flächen teuerster Industrieansiedlungspotentiale werden mit minimalem Arbeitplatzeffekt und enormen Wirtschaftsförderungsausgaben weit unter dem Entstehungspreis an den Mann oder die Frau gebracht.

Dabei hat Herne in Bezug auf die Zielsetzung durchgrünte Stadtteilstadt noch Restqualitäten und Potentiale, die es auszubauen gälte. Die schon vorhandene Durchgrünung der Stadt könnte in fast allen Stadtteilen bei konsequenter Nutzung vorhandener Brachflächen in kleinen Parks oder parkähnlichen Landschaften verstärkt werden. Dies gilt vor allem, wenn man bereit ist, das Ansiedlungspotential den realen Möglichkeiten und einer konsequenteren Auswahlstrategie anzupassen. Eine weitere Wohnumfeldattraktivität liegt entlang der Kanalzone, die außerhalb der Industriebereiche zu Freizeitzwecken erweitert werden könnte. Ein weiteres Grünflächenpotential liegt in der Verrohrung der Ab-



wässerbäche und einem veränderten Verkehrskonzept (s. hierzu näheres im studentischen Projektbericht).

Das Konzept der Stadtteilstadt kann zugleich auch am vorhandenen dezentralen Bewußtsein der Bevölkerung ansetzen und ihm stärkeren, städtebaulichen Ausdruck geben. Hier wäre vor allen Dingen an eine dezentrale Zentralisierung der Stadtteileinrichtungen zu denken, die soweit als möglich zu erweiternden oder neu zu gestaltenden Stadtteilmittelpunkten (Plätze, verkehrsberuhigte Zonen u.ä.) konzentriert werden müßten.

Ein interessantes Beispiel ist hier der Stadtteil Röhlinghausen, der einen solchen Konzentrationsprozeß mit macht und zugleich durch erheblichen politischen Basisdruck in der Lage war, große Freiflächenpotentiale als stadtteilnahes Grün zu sichern. Die gleichen Chancen, ja wenn nicht noch größere Möglichkeiten, hat der Stadtteil Sodingen, wenn die Fläche der Zeche Mont-Cenis nicht zum Einkaufspark sondern zur Konzentration des stadtteilzentralen Wohnens in Kombination mit möglichen, nicht störenden Arbeitsplätzen und zum allergrößten Teil als Grünfläche ausgewiesen werden könnte.

Eine weitere, wenn auch nicht im ersten Augenblick so zugängliche, Lebensqualität dieser Stadt liegt in ihren wildgenutzten Brachflächen, häufig etwas abseits gelegen zwischen Bahndämmen und Autobahntrassen, manchmal aber auch in unmittelbarer Siedlungsnähe als Grabeland und wilde Schrebergärten. Auch sie fallen immer mehr der Reiheneigenheimbebauung oder aber der normierten Kleingartenerweiterung zum Opfer. Dabei entsprechen diese Gebiete nicht nur dem aufgeschlossenen Erwachsenen, sondern vor allen Dingen den Kindern ein Abenteuerfeld bewahren. Das gilt auch für die Ausländerviertel und ihren spezifischen Gettocharakter. Es gilt die dort schon stattgefundenen Aneignungsprozesse weiter zu unterstützen und auf Dauer zu stellen. Modernisierung auf niedrigstem Standard, Selbsthilfemöglichkeiten und der ungestörte Umbau des Wohnumfeldes nach den eigenen soziokulturellen Bedürfnissen würden hier Stadtteile mit einer neuen auch für die deutsche Bevölkerung anziehenden Attraktivität schaffen.

Oberhaupt sollten noch vorhandene Besonderheiten der jeweiligen Stadtteile, und hier wäre auch eine Kombination mit einer stärker stadtteilorientierten Kulturarbeit zu bedenken, gefördert werden. Die in Material- und Formgebung schon weitgehend genormte Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsberuhigung wäre unter diesem Aspekt erneut zur Debatte zu stellen. Weniger wäre hier häufig mehr.

Besonders interessante Bereiche zur Stärkung der Wohnfunktion wären die beiden Innenstädte und die damit verbundenen Bahnhofsbezirke der Stadt. Durch ein geändertes Verkehrskonzept könnten hier erhebliche Freiflächen durch die Reduzierung des Parkraumes den innenstadtnahen Grünflächen, aber auch, und das insbesondere in Wanne-Mitte, zur weiteren Wohnverdichtung und zur innenstadtnahen Ansiedlung von

Arbeitsplätzen benutzt werden. Bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in regionalem Maßstab, insbesondere in Richtung Hellwegzone, könnten die beiden Innensadtbezirke auch im Verhältnis zu anderen Ruhrgebietsstädten hoch interessante Wohnlagen bieten. Unmittelbare Nähe zum Verkehrsmittelpunkt, hoher Versorgungsgrad mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen und zugleich ein durchgrüntes Wohnumfeld wären Zuwanderungsanreize. In Wanne-Eickel Mitte gälte es dabei ähnlich wie in Herne-Mitte eine weitere Verdichtung von Wohnen vorzunehmen, denn nur durch eine Zunahme der Wohnbevölkerung in unmittelbarer Nähe der Fußgängerzone läßt sich dieses Einkaufszentrum auf Dauer auf einem angemessenen Standard halten. In diesem Zusammenhang wäre auch die städtebauliche Anbindung des Bahnhofs an die Fußgängerzone (z.B. über eine Randbebauung der Wannerstraße gegenüber der Bücherei und der Post) ebenso interessant, wie die Umnutzung des Parkhauses am Glückaufplatz.

Selbst wenn alle diese Veränderungsschritte begangen würden, bliebe Herne das Wohnmanko der gesamten Emscherzone, nämlich nach wie vor Industrielandschaft zu sein, mit riesigen Kraftwerksblöcken, vielen Bahnlängen, Abfallhalden und nach wie vor gefährlichen und störenden Industriebetrieben. Selbst, wenn mit gesamtregionalen Anstrengungen die Emscher renaturiert, die Abflüsse verrohrt, die Halden begrünt und das Abfallproblem gelöst wäre, bliebe dieses Gesamtbild erhalten.

Wer sich damit nicht anfreunden kann, darin nicht auch eine eigenwillige Ästhetik sieht, wird sich hier nie wirklich wohl fühlen oder nur deswegen in diese Stadt kommen, weil er direkt am Gysenberg noch eine Eigentumswohnung ergattern konnte. Wer aber den eigenartigen Charme dieser zerstörten Region, bei wilden Mischungen von bebauten und unbebauten Flächen, ihrem Gewirr von Straßen, Brücken, Eisenbahnlängen und Kanälen, der Undurchsichtigkeit ihres Straßensystems, ihrer Daustile und die Ruinen Spuren ihrer Arbeitsgeschichte als das gerade Besondere begreift und schätzen lernt, wird auch das Besondere dieser Wohnqualität erkennen können. Sie läge in der auch für den kleinen Geldbeutel erschwinglichen Güte, in einer sozialnachbarschaftlichen Stadtteilorientierung, in einer vorbildlich reduzierten Automobilbenutzung, in einer flächendeckenden Durchgrünung, in einem kinderfreundlichen Wohnumfeld und in breitgestreuten Möglichkeiten eigener kleingärtnerischer Betätigung.

Ober all dem liegt natürlich das Damokles-Schwert der Altlasten und der Gefährlichkeit der in der Stadt angesiedelten Chemieproduzenten. Diese Bedingungen gelten aber für viele Ruhrgebietsstädte und sind, sofern man nicht die Umsiedlung der ganzen Stadt ins Auge faßt, für die hier aufgezeigte Strategie relativ unerheblich. Sofern bestimmte Altlastengebiete sowieso nur noch für die Zuwendung zur Verfügung stehen, kommen sie einer solchen Konzeption sogar entgegen. Sollte jedoch jemals die Möglichkeit bestehen, die gemeinten Chemiebetriebe umzusiedeln, wird auch hier nichts anderes entstehen als ein neues Altlastengebiet. Herne könnte dann im günstigsten Fall ein neues innenstadt-



nahes Waldgebiet gewinnen.

NOTIZEN: